

Protokoll

Nr. 22**über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug****Dienstag, 14. Dezember 2004**

14.00 - 19.30 Uhr

im Burgbachsaal

Vorsitz: Ratspräsident Werner Golder

Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 20 vom 16. November 2004
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Finanzplan 2005 - 2009
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1821 vom 9. November 2004
Bericht und Antrag der GPK Nr. 1821.1 vom 29. November 2004
4. Budget 2005
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1818 vom 2. November 2004
Bericht und Antrag der ITK Nr. 1818.1 vom 19. November 2004
Bericht und Antrag der GPK Nr. 1818.2 vom 29. November 2004
5. Motion CVP-Fraktion betreffend Aufzeigen von Sparmöglichkeiten für das Budget 2005 und die folgenden Jahre
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1822 vom 23. November 2004
6. Interpellation FDP-Fraktion betreffend mutmassliche Auswirkungen der Zuger Aufgaben- und Finanzreform (ZFA) auf die Stadt Zug
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1823 vom 23. November 2004
7. Städtebauliche Entwicklungsstudie Zug/Baar: Schlussbericht
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1726 vom 1. April 2003

Bericht und Antrag der BPK Nr. 1726.1 vom 2. November 2004

8. Interpellation Lea Zehnder, Alternative Fraktion, betreffend Vermietungspraxis städtischer Wohnungen
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1824 vom 23. November 2004
9. Interpellation Stefan Hodel & Manfred Pircher betreffend Zunfthaus Kreuz, Oberwil
Mündliche Beantwortung
10. Wahl des Büros 2005 - 2006:
 - 2.1. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten
 - 2.2. Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten
 - 2.3. Wahl der zwei Stimmenzählerinnen/Stimmenzähler
11. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsident Werner Golder eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelt Gäste. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die Gemeinderäte Roger Hess und Nicole Kistler; die übrigen 38 Ratsmitglieder sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 20 vom 16. November 2004

zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Eintreten

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass kein Änderungsantrag gestellt wird. Die vorliegende Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll Nr. 20 vom 16. November 2004:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind. Das Protokoll Nr. 20 vom 16. November 2004 ist somit stillschweigend genehmigt.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Es sind keine parlamentarischen Vorstösse und Eingaben eingereicht worden.

3. Finanzplan 2005 - 2009

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1821

Bericht und Antrag der GPK Nr. 1821.1

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Ivo Romer, Präsident GPK: "Der Stadtrat möchte mit dem vorliegenden Finanzplan folgende Ziele verfolgen:

1. ausgeglichene Jahresrechnungen
2. eine attraktive Steuerbelastung
3. ein gutes Leistungsangebot

Diese Ziele werden von der GPK voll unterstützt. Die Krux liegt nicht im was - sprich der Zielformulierung - sondern im wie. Die Geister scheiden sich wohl im Verständnis der Adjektive ausgeglichen, attraktiv und gut. Die zu erwartenden Mehrbelastungen für die Stadtfinanzen sollen einerseits durch eine Optimierung des Aufwandes für Leistungserbringung und andererseits durch Mehreinnahmen finanziert werden. Um es hier nochmals auf den Punkt zu bringen: Mehreinnahmen bei stabilem Steuerfuss von angenommenen 70 % können nur durch neue Steuerpflichtige - sprich Zuzüger - und höhere Steuerzahlungen durch höhere Einkommen der bisherigen Steuerpflichtigen erfolgen. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Qualitätsniveau wird uns hier im Rat noch einige Diskussionen bescheren. Doch ich betrachte diese als Chancen in Arbeitskleidern und nicht als Probleme. Die GPK ist aufgrund der zu Verfügung stehenden Informationen noch nicht überzeugt, dass es im Bildungsdepartement wirklich ein Personalwachstum von über 22 Stellen braucht: Die Pauschale pro Schüler auf kantonaler Ebene und ähnliche Ideen lassen grüssen. Die heute bekannten Investitionsvorhaben müssen weiterhin kritisch hinterfragt und vor allem priorisiert werden. Investitionen auf Pump, also einer weiteren Verschuldung von rund CHF 118 Mio., ist eine deutliche Absage zu erteilen. Sie, meine werten Kolleginnen und Kollegen, werden Ihre Prioritäten ganz deutlich in diesen Rat einbringen und zum Ausdruck bringen müssen. Denn eines ist klar wie Zuger Kirsch: Es hat aus heutiger Sicht nicht genügend Geld für alle Wünsche, so wünschenswert diese auch sein mögen. Zum Schluss noch dies: Der Finanzplan ist eine rollende Planung. D.h. bei Bedarf und bei gesicherten Informationen beispielsweise beim kantonalen Finanzausgleich oder der Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden

wird der Stadtrat die Planung anpassen. Daher ist es richtig und klug, nicht irgendwelche Eventualitäten oder regierungsrätliche Irrungen und Wirrungen vorseilend und auf Vorrat zu berücksichtigen. In diesem Sinn nimmt die GPK den Finanzplan auch im Wissen und mit einem Augenzwinkern zur Kenntnis, dass in 27 Jahren wohl niemand mehr ein Wort darüber verlieren wird."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: "Für meine letzte GGR-Sitzung in der Funktion eines Vorstehers des Finanzdepartements haben sich mein Nachfolger Hans Christen und ich darauf geeinigt, dass er - wie bereits anlässlich der GPK-Sitzung - das Budget 2005 vertritt, während mir zu Beginn der Diskussion zum Finanzplan einige grundsätzliche Ausführungen zur finanzpolitischen Ausrichtung der kommenden Jahre vorbehalten bleiben. Dass ich mich, was die Diskussion in der GPK betrifft an den Bericht des Kommissionspräsidenten halte und nicht an das mit 55 Seiten Umfang schon Pisa-Straftrainingsverdächtige Protokoll, werden Sie mir dabei nachsehen müssen. Es ist im Weiteren nicht zu vermeiden, dass sich gewisse Aussagen zum Finanzplan mit den Antworten zu den parlamentarischen Vorstössen gemäss Traktandum 5 und 6 der heutigen Sitzung decken. Dem Bericht und Antrag des Stadtrates entnehmen Sie, dass die Stadt Zug und damit wir alle vor der bei weitem grössten finanzpolitischen Herausforderung der letzten Jahrzehnte stehen. Die Konsequenzen des überhaupt nicht überraschend positiven NFA-Abstimmungsergebnisses werden nicht nur der Kanton, sondern auch die Gemeinden und allen voran unsere städtischen Finanzen zu spüren bekommen. Mag man über den volkswirtschaftlichen Sinn oder Unsinn von Umverteilungsmassnahmen noch so geteilter Ansicht sein, Tatsache ist und bleibt, dass durch die aus dem NFA resultierende Zuger Finanz- und Aufgabenreform ZFA in grossen Schritten enorme finanzielle Mehrbelastungen auf uns zukommen. Auf die Resultate dieses Massnahmenkatalogs wird in diesen Ausführungen noch einzugehen sein. Die Zielsetzungen der Exekutive sind allerdings klar und angesichts der geballten ZFA-Ladung auch entsprechend hoch gesteckt: Auch inskünftig und zwar auch ab 2007/2008

- ausgeglichene Jahresrechnungen präsentieren zu können,
- mit attraktiven Steuerbelastungen aufzuwarten und gleichzeitig
- das dazumalige Angebot unserer Leistungen in guter Qualität aufrechtzuerhalten

ist eine Zielsetzung, die nicht mit ein paar Korrekturmässleinchen und mit halbherzigem Reformwillen zu erreichen ist und schon gar nicht mit dem bei uns nicht wenig verbreiteten Glauben daran, dass es die Zukunft schon richten werde, bloss weil man sich das während den Schlaraffenlandzeiten so gewohnt war. Der im Finanzplan aufgezeigte Massnahmenkatalog ist nicht einfach eine Auswahlendung, sondern die Verpflichtung, sich allen Aufgaben gründlich anzunehmen, um greifbare Resultate aufzuzeigen. Dass diese Resultate in den meisten Bereichen wenig bequem sein werden, muss uns allen, der Legislative, der Exekutive und unserer Bevölkerung, bewusst sein. Das heisst unter anderem, dass der grassierenden Anspruchsmentalität auch auf der untersten, der Gemeindeebene, nicht mehr volle Staatsäckel und bequeme Erfüllungsgarantien zu Gebote stehen werden. Denn, meine Damen und Herren, wenn es nach dem Schlussbericht der Steuerungsgruppe ZFA ginge, den ich in der GPK ausgiebig erörtern

konnte, hätte die Stadt Zug eine Mehrbelastung von zusätzlich CHF 20 Mio. zu verkraften, davon allein CHF 17.3 Mio. für die Massnahmen Finanz- und Härteausgleich, was zusammen mit der heutigen Belastung von CHF 21 Mio. einen stolzen Betrag von über CHF 38 Mio. an Ausgleichszahlungen bedeuten würde. Dies resultiert aus der Annahme, dass sich der Kanton zulasten der Gemeinden (zu fast 70% der Stadt Zug) aus dem Kantonalen Finanzausgleich zurückzieht. Dass ich als Gemeindevertreter im Kantonalen Steueraussschuss diesem Ansinnen und dem Schlussbericht nicht zugestimmt habe, ist hinreichend bekannt und wohl auch nicht ganz unverständlich. Denn eines ist klar: Zieht sich der Kanton aus dem innerkantonalen Finanzausgleich zurück, ist die Annahme, dass inskünftig eine gleich hohe Geldmenge zu verteilen wäre, schlicht und einfach falsch. Ebenso klar und unvermeidlich ist aber, dass wir erhebliche Mehrbelastungen in einem noch nicht bekannten Ausmass in Kauf zu nehmen haben werden, auch wenn das innerkantonale Finanzausgleichsgesetz zurzeit von einer Arbeitsgruppe der Gemeindepräsidentenkonferenz einer kritischen Beurteilung unterzogen und neu konzipiert wird. Gestatten Sie mir jetzt noch ein paar grundsätzliche Überlegungen zu den landauf und landab geführten finanzpolitischen Debatten, deren Auswirkungen ja auch vor unseren Stadtmauern nicht halt machen. Debatten, welche mancherorts ebenso mit bemerkenswerter Aufgeregtheit, wie einem grundsätzlichen Mangel von konstruktiv-praktikablen Vorschlägen geführt werden. Da ist einmal der Begriff „Sparen“, dem jeder ernst genommen sein wollende Politiker in seinem Sprachschatz absolut oberste Priorität einzuräumen hat. Dass es dabei nicht ohne heillose Begriffsverwirrung abgeht, zeigt die aktuelle Diskussion. Auch unter dem Verdacht der Schulmeisterei sei dazu ein Hinweis aus einem jüngst erschienenen NZZ-Artikel eines - nicht unbedeutenden - Finanzexperten von Nutzen, der sich dem Begriff „Sparen“ und dem damit verbundenen „Verzicht“ annimmt. Dort lesen wir unter anderem: Gänzlich in die Irre geführt wird man jedoch, wenn man das Streichen ursprünglich geplanter Ausgaben als „Sparen“ apostrophiert, wie wir das in diesen Wochen an vielfältigen Beispielen erleben. Und noch absurder wird es, wenn man sogar ein Ausgabenwachstum, das kleiner als geplant ausfällt, als „Sparen“ taxiert. (Zitatende). Soweit sei mir die bescheidene Anregung erlaubt, sich auch in der heutigen Diskussion präziser Begriffe zu bedienen, auch wenn mir bewusst ist - und das gerade genannte Blatt sei nochmals zitiert - dass Budgetdebatten nicht zuletzt publikumswirksame Veranstaltungen zur Pflege der eigenen politischen Klientel sind. Dabei kommt es mir nicht zuletzt in Anbetracht einiger Kürzungen im GPK-Streichkonzert ab und zu vor, dass das Budget oder der Voranschlag mit einem Ausgabenplan verwechselt werden, und dies obwohl Exekutive und Verwaltung gezeigt haben, dass sie durchaus zur Ausgabendisziplin verpflichtet werden können. Dies wird nicht zuletzt die Rechnung 2004 zeigen. Ich werde allerdings auch den Verdacht nicht los, dass sich verschiedene Anträge doch sehr im Grenzbereich zwischen Finanz- und Disziplinarmaßnahmen bewegen. Schliesslich plädiere ich nun zum ich weiss nicht wievielten Mal dafür, den Blick über die Ein-Jahres-Perspektive des Budgets hinaus zu schärfen und auch seitens dieses Parlaments im mittelfristigen Focus finanzpolitisch steuernd Einfluss zu nehmen, was in Anbetracht der ZFA-Auswirkungen von höchster Dringlichkeit ist. Die grimmige Entschlossenheit, auch im Jahre 2005 einen Steuerrabatt von 2% zu gewähren, statt der Steuerstabilität das Wort zu reden, steht diesem Aufruf

allerdings diametral entgegen. Dies erstaunt mich allerdings schon gar nicht mehr, und ich sehe mit grossem Interesse der Budgetdebatte im nächsten Jahr entgegen, in dem der Chor der Steuerfussexperten das Rabattlied erneut anstimmen wird, nur mit dem Unterschied, dass das Budget 2006 das noch falschere Objekt der Begierde sein wird als das nächstjährige. Soweit meine Damen und Herren, meine Ausführungen zum Schluss meiner Amtszeit als Finanzvorsteher. Meinem Nachfolger Hans Christen wünsche ich in seiner neuen Funktion ein sicheres Augenmass, eine glückliche Hand, die für einen Finanzchef unabdingbare Gelassenheit und eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt. Und nun erlaube ich mir in Überwindung meiner tiefen Abneigung gegenüber Selbstzitataten, Ihnen meine ersten Schlussworte zu einem Finanzplan vom 12. Dezember 1995 in Erinnerung zu rufen. Sie lauteten damals: Mit dem vorliegenden Finanzplan sind die Grenzen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt Zug deutlich aufgezeigt und zwar insbesondere für eine Zeit einer wirtschaftlich unsicheren Entwicklung. Soll sich die Stadt Zug auch inskünftig Investitionsraten leisten können und wollen, welche sowohl der öffentlichen Aufgabenerfüllung als auch volkswirtschaftlichen Zielen gerecht werden, muss im Umgang mit dem Finanzhaushalt das Wunschdenken vergangener Jahre dem Realitätsdenken künftiger Jahre Platz machen. Dies verlangt von uns allen ein hohes Mass an Selbstdisziplin und Selbsteinschränkung (Zitatende).

Diesen Worten ist - immer unter der Voraussetzung, dass man sie auch hören will - am 14. Dezember 2004 nichts mehr hinzuzufügen. Ich danke Ihnen."

Philippe Camenisch: "Ja wir leben offenbar in einer Zeit der vielen Unbekannten und Ungewissheiten, wie folgende Aussagen zeigen:

- Die Auswirkungen von NFA und ZFA auf unseren Kanton und unsere Stadt sind lediglich grob skizziert.
- Wirtschaftsprognosen mit kurzen Halbwertszeiten
- Die Frage nach der längerfristigen Zinsentwicklung lässt sich nicht schlüssig beantworten.
- Standortnachteile gegenüber Tieflohnländern geben zur Besorgnis Anlass. Beispiel Deutschland, wo ganze Industriezweige ins benachbarte östliche Ausland abwandern.
- usw. usf.

Diese Aufzählung ist längst nicht abschliessend. Sie steht vielmehr für die vielschichtigen und vernetzten Problemfelder, welche uns irgendwann noch behelligen und herausfordern werden. Vor diesen und anderen Prämissen hat uns der Stadtrat den Finanzplan 2005 – 2009 aufgelegt. Inhaltlich machen wir u.a. folgende bedeutende Feststellungen:

- Stabiler Steuerfuss 70 % als Prämisse und Ziel
- Zuwachs Steuererträge von 3 % p.a.
- Personalaufwand + 2 % p.a.
- Massiver Ausbau der Sollstellen im Bildungsdepartment geplant
- Passivzinssatz 3 %
- Teilweise massive Kostenüberschüsse im besagten Zeitraum

- Die wichtigsten strukturellen Treiber (NFA/ZFA) sind immer noch ausgeklammert, bleiben aber von zentraler Tragweite

Unser Kommentar: Die Weiterverfolgung der Steuerstabilität ist zu begrüßen, wenn wir auch inzwischen von Nehmergemeinden im Kanton infolge des nicht unproblematischen Finanzausgleichsgesetzes überholt werden. Wenn es gelingt, das Wachstum des Steuerertrages zu realisieren, dürfen wir uns freuen, denn der Zuwachs der Steuererträge liegt deutlich über dem prognostizierten Wirtschaftswachstum. Es müssen somit neue Steuerzahler her. Diese sind aber im internationalen Wettbewerb immer schwieriger für einen neuen Standort in der Schweiz zu motivieren, leider! Und noch dies: Selbst bestehende Steuererträge sind vor unliebsamen Schwankungen nicht gefeit und auch gute Steuerzahler sind nicht auf Nummer sicher, meine Damen und Herren. Hingegen lassen sich die Ausgaben vergleichsweise viel zuverlässiger vorhersagen. Einmal gesprochene Kosten sind „verdammt“ fix oder eben gebunden. Der Finanzplan wird folglich auf der Ausgabenseite, d.h. ohne Korrekturmassnahmen und verbesserte Ausgabendisziplin im GGR bis Ende 2007 eintreffen. Hier gilt es zwingend weiteres Gegensteuer zu geben, die Kostensituation strukturell nachhaltig zu verbessern. Ab 2008 werden NFA und ZFA eingeführt. Die Welt der öffentlichen Finanzen wird dann in Zug anders aussehen, leider! Und bis dahin bleibt zu hoffen, dass eine negative Signalwirkung des NFA ausbleibt und neue Ansiedlungen von Firmen und Steuerzahlern v.a. aus dem Ausland nicht behindert werden. Zu weiteren Einzelheiten im Finanzplan: Dass der Stadtrat eine Kosten-/Nutzenanalyse in die Wege leitet freut die FDP. Und wenn Massnahmen möglichst rasch umgesetzt werden, umso besser. Vielleicht kann uns der Stadtrat erläutern, von wie viel Geld da die Rede ist. Dass der Stadtrat das Qualitäts- und Anforderungsniveau überprüfen und anpassen will, werten wir ebenfalls positiv. Inwieweit da auf eine 80/20-Regel übergegangen werden kann, ist noch zu konkretisieren. Dabei ist Folgendes entscheidend: Ein entstehender Überhang an Ressourcen gilt es zu beseitigen und nicht anderweitig zu verteilen. Dazu gehört politischer Mut. Sonst verpufft die Übung wirkungslos. Nachdem die Verwaltungskosten pro Kopf im Kanton Zug schweizweit zu den höchsten zählen, darf wohl mit substantiellem Einsparungspotenzial gerechnet werden. Für Besorgnis hat der Soll-Stellenplan aus dem Bildungsdepartement gesorgt. Falls im Budget 2006 der Soll-Stellenplan tatsächlich mit zusätzlichen 24 Stellen oder einem Plus von 7,7 %! bestückt werden soll, muss von einem Verlust von jeglichem Augenmass gesprochen werden. Da sollen doch dem Steuerzahler unter Verweis u.a. auf die Einführung von INS und dem Lehrerbesoldungsgesetz sehr grosse Mehrkosten aufs Auge gedrückt werden. Die FDP erwartet vom Bildungsdepartement konkrete Massnahmen gegen die angepeilte Steigerung ab 2006. Ein unbesehenes Durchschlagen solcher Kosten soll und kann die Stadt Zug sich nicht leisten. Ich erlaube mir deshalb folgende scheue Fragen, meine Damen und Herren: Das Lehrerbesoldungsgesetz zeitigt nun seine Wirkung auf der Kostenseite. Ob die Stadtzuger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sich der vollen Tragweite auch im Hinblick des ZFA bewusst sind? Dass der Grossteil des Investitionsprogramms noch nicht ausgelöst ist, ist ein Glücksfall. Wir haben noch die Wahl, zwischen Nötigem und Wünschbarem zu unterscheiden. Die Pipeline der geplanten Investitionen und die damit einhergehende Zunahme von Verschuldung und Fixkosten ist gut bestückt, um nicht zu sagen Schwindel erregend. Die Bedienung der Schul-

den ist gegenwärtig im Zuge der tiefen Zinsen äusserst billig. Was ist aber, wenn der Zinssatz für das verzinsliche Fremdkapital nur um 1 Prozentpunkt steigt?

- Pro Million Franken kostet 1 % höhere Zinsen CHF 10'000.-- p.a.
- Ende 2003 hatten wir bereits gut CHF 50 Mio. verzinsliches Fremdkapital zu bedienen. Man rechne...
- Die Stadt bezahlte schon im 2003 mehr als CHF 10'000.-- Passivzinsen pro Tag.

Zusammenfassend müssen wir einmal mehr erkennen, dass leider ein Grossteil der Ausgaben strukturell impliziert ist. Die Bewegungsfreiheit des GGR ist zudem im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen beengend. Es ist zwingend, den Handlungsspielraum massiv zu erweitern. Der FDP ist es ein zentrales Anliegen, dass Zug als Wirtschafts- und Steuerstandort an der Spitze bleibt. Leider ist dieses Ansinnen noch nicht in allen politischen Gruppierungen im gleichen Masse ausgeprägt. Es ist zu hoffen, dass sich diese Erkenntnis nun stark entwickelt. Aber auch unsere Kollegen im Kantonsrat sind bei der entsprechenden Ausgestaltung der Gesetze gefordert. Mit Pflasterlipolitik wird's für die 1. Liga. nicht mehr reichen."

Marianne Zehnder: "Die Verunsicherung in der Bevölkerung und die Sorge um die finanzielle Entwicklung der Gemeinde Zug ist erheblich. Das können wir gut verstehen, weil die bürgerlichen Parteien mit ihrer Art der Kommunikation doch diese Ängste immer wieder anheizen. Das Schreckwort Steuererhöhung wird als Drohung an die Wand projiziert. Sparen wird wieder zum neuen / alten Hip-Wort und zum eigentlichen Selbstzweck. Dagegen wirkt der Stadtrat geradezu vernünftig, wenn er nicht nur euphemistisch von „Optimierung des Aufwands“, sondern auch von höheren Einnahmen in Form von Gebühren und Steuern spricht. Die Alternative Fraktion wartet darum interessiert auf die vom Stadtrat versprochene Übersicht der verschiedenen Reglemente und auf das Resultat der Überprüfung der Beiträge. Hinter die Kriterien, nämlich die

- vermehrte Anwendung des Verursacherprinzips und
- den Einbezug der finanziellen Verhältnisse der Bezügerinnen und der Bezüger – und dies nach unten und nach oben

können wir uns im Prinzip auch stellen, sofern diese Kriterien denn auch auf alle relevanten Reglemente angewendet werden. Noch etwas zur Weiterentwicklung der positiven Standortfaktoren: Unsere Fraktion begrüsst es sehr, wenn die Standortvorteile der Gemeinde vermehrt ganzheitlich betrachtet werden sollen. Und wir hoffen, dass der Grosse Gemeinderat diese Bestrebungen auch unterstützt, anstatt die Bereiche Umwelt- und Wohnqualität lächerlich zu machen, wie es in diesem Rat mit steter Regelmässigkeit vorkommt. In der Finanzplanung 2005 – 2009 zeigt der Stadtrat die Finanzstrategie für die kommenden Jahre auf. Was die Investitionen betrifft, besteht tatsächlich ein grosser Spielraum: Erst knapp 10 % der zukünftigen Investitionen sind bewilligt. Vom Stadtrat speziell erwähnt werden die Wohnbauvorhaben: Gerade hier wäre es wichtig, die Projekte planmässig voran zu treiben und zur Realisierung zu bringen. Über Sinn und Unsinn oder Notwendigkeit oder Wünschbarkeit einer weiteren Investition (Parkhaus am Postplatz) werden wir uns in der kommenden Ratssitzung auseinander setzen."

Urs Bertschi: "Die SP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom vorliegenden Finanzplan. Wir sind uns dabei bewusst, dass die finanzielle Ausgangslage infolge von NFA und ZFA nach wie vor einigermaßen diffus bleibt. Sobald konkrete Erkenntnisse aus den entsprechenden Arbeitsgruppen bekannt sind, werden diese in den Finanzplan aufzunehmen sein. Trotz diesen Unwägbarkeiten fallen die Investitionsausgaben in der Planungsperiode noch immer sehr ambitiös aus. Da von den Bruttoinvestitionen von CHF 190 Mio. erst Kredite von CHF 17 Mio. gesprochen sind, besteht jedoch noch ansehnlicher Handlungsspielraum, der verantwortungsvoll genutzt sein will. Die vom Stadtrat im Rahmen seines Aktionsplans aufgegleisten Projekte und Massnahmen erscheinen sinnvoll und richtig. Ein Hauptaugenmerk wird auf die Definition neuer Standards zu richten sein, wobei diese nicht zu Lasten einer nachhaltigen Investition gehen dürfen. Die SP-Fraktion erachtet es im Übrigen als richtig, dass der Wohnungsbau separat finanziert und mit eigener Vollkostenrechnung geführt wird. Zur Bewältigung der kommenden Herausforderungen bildet ein ausgeglichenes Budget bzw. eine ausgeglichene Rechnung unabdingbare Voraussetzung. Insofern pflichten wir dem Stadtrat bei, wenn er diesen Faktor ebenfalls als Teil seiner Finanzstrategie betrachtet. Denn eine negative Rechnung wirkt sich nachhaltig negativ auf den Eigenfinanzierungsgrad aus. An sich bräuchten wir aber Ertragsüberschüsse, wenn wir Investitionen überwiegend selbst finanzieren wollen. Würde der vom Finanzhaushaltsgesetz vorgeschriebene, jedoch oft als zu hoch bezeichnete Abschreibungssatz (10% vom Restwert) gesenkt, schmälerte dies den Eigenfinanzierungsgrad zusätzlich. Falls wir in der laufenden Rechnung gleichzeitig noch ein grösseres Defizit schreiben sollten, werden wir im Extremfall gar unseren Konsum auf Pump finanzieren! Angesichts all dieser heiklen Unwägbarkeiten erscheint uns das Ansinnen der bürgerlichen Fraktionen, den Steuerrabatt weiterhin gewähren zu wollen, nachgerade trotzig und vorsätzlich unvernünftig. Die vom Stadtrat im Rahmen seiner Finanzstrategie vorgesehenen Massnahmen zur Aufwandoptimierung bei der Leistungserbringung und zur Einnahmenmehrung tönen gut und sind wohl auch wirksam. Gleichwohl wird man sich davon keine Wunder erhoffen dürfen. Daher dürfte die Hauptaufgabe letztlich wohl von diesem Rat zu lösen sein. Geleitet vom Gemeinwohl werden wir uns Rechenschaft darüber ablegen müssen, was wir uns künftig leisten wollen und auch leisten müssen. Eine solche Prioritätenliste muss einer eigentlichen Strategie gleichkommen, auf parteiübergreifendem Konsens basieren und sich am Wohle unserer Stadt und deren künftigen Generationen orientieren. Dabei muss unbeachtlich bleiben, ob wir uns diese Strategieziele auf den ersten Blick leisten können. Eine Strategie, die diesen Namen verdient, ist durch mittel- bis langfristige Zielsetzungen gekennzeichnet. Und sind zur Umsetzung einer solchen Strategie oder eben Prioritätenliste zusätzliche Mittel nötig, so wird dieser Rat dafür zu sorgen haben, dass diese vorhanden sind."

Roland Neuner: "Zuerst möchte ich dem Stadtrat zugestehen, dass er in allen Departementen versucht hat zu sparen. Wichtig wird es sein, dass der Stadtrat für die Jahre 2005 – 2009 klare Prioritäten setzt, damit er bei sich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – positiver oder negativer Art - entsprechend schnell reagieren und die notwendigen Entschlüsse so rasch wie möglich umsetzen kann. Zu den einzelnen

Departementen möchte ich mich noch nicht äussern. Ich glaube, wir werden in der Detailberatung genügend zu diskutieren haben. Jedoch betreffend Personalplanung erwartet die GPK in nächsten Jahren Vorschläge, in welchen Departementen die Aufgaben auf weniger Personen verteilt werden können. Der gesamtschweizerische Vergleich zeigt, dass die Stadt Zug und der Kanton Zug pro 1'000 Einwohner die höchste Anzahl städtischer bzw. kantonaler Angestellte beschäftigen. Wir alle wissen aus der Wirtschaft, dass eine hohe Anzahl Angestellte aber nicht gleich eine effiziente Verwaltung ist. Für neue Stellen wollen wir in der GPK in Zukunft genau wissen, was mehr anfällt und ob es nicht möglich ist, intern durch eine bessere Organisation und Optimierung der Arbeitsabläufe ev. sogar Personen auszugliedern oder in einer anderen Funktion, wo ein neuer Stellenantrag ansteht, zu beschäftigen. Besonders wenn man die Personalzunahme im Bildungsdepartement mit tatsächlich 22,4 Stellen im Jahr 2006 betrachtet, müssen wir uns in nächster Zeit in der GPK unbedingt über Klassengrößen, Raumplanung, Belegungspläne der Schulhäuser usw. unterhalten. Im Finanzplan 2001 für die Jahre 2002 – 2006 war von einer Diplomarbeit die Rede, die untersuchen soll, in welchen Departementen die Aufgaben auf weniger Personen verteilt werden können. Ich kann mich nicht erinnern, dass diese Diplomarbeit veröffentlicht wurde. Kann mir der Stadtrat diese Frage beantworten? Dazu kommt, wie Sie aus dem Detailbudget der verschiedenen Departemente ersehen können, dass die städtischen Angestellten bei der Prozentberechnung der Sozialversicherungsbeiträge, der Pensionsversicherungsbeiträge usw. doch eher in einer "Belle Etagé" anzusiedeln sind. Der derzeitige Steuerfuss von 70 % abzüglich des Rabattes von 2 % ist nach der Meinung der GPK und auch der SVP-Fraktion immer noch gerechtfertigt und soll auch für 2005 beibehalten werden, zumal auf dem Konto der Steuerreserve noch CHF 17,5 Mio. liegen. Es ist besser, in einem Zug nach der Einführung des ZFA den Steuerfuss richtig anzusetzen als jedes Jahr daran zu ändern. Zudem hat man mir bei der Vorbesprechung in der Finanzabteilung das aufschlussreiche Blatt Steuerertrag Stand Oktober nicht mehr wie in früheren Jahren ausgehändigt, mit der fadenscheinigen Begründung von Stadtrat Hans Christen, die Hellraumfolie könne man hinten im Saal sowieso nicht lesen. Deshalb kann ich nicht wie in früheren Jahren eine Schätzung der diesjährigen Steuern mehr abgeben. Ich persönlich vermute jedoch, dass die Steuereinnahmen für das Jahr 2004 bedeutend besser ausfallen als budgetiert. Vielleicht war das ja der richtige Grund! Die aktive und sehr engagierte Mitarbeit unseres Stadtpräsidenten in der Steuergruppe ZFA ist für unsere Stadt sehr wichtig. Dank seinem Einsatz und seiner Gegenwehr können die kantonalen Anforderungen, welche der Regierungsrat und die Gemeindevertreter von der Stadt Zug verlangen, nicht alle 1:1 auf die Stadt Zug abgewälzt werden. Eine gute, rollende Finanzplanung ist in Zukunft und besonders in Anbetracht der auf uns zukommenden Zusatzbelastungen durch ZFA und NFA sehr wichtig. Die SVP Fraktion schliesst sich dem Antrag der GPK und dem Stadtrat an und nimmt den Finanzplan 2005 – 2009 gemäss Bericht und Antrag des Stadtrates zu Kenntnis."

Urs B. Wyss: "Der Bericht des Stadtrates zum Finanzplan 2005 - 2009 enthält einerseits reichhaltiges Zahlenmaterial und andererseits einige sehr bemerkenswerte Ausführungen. Zu den Zahlen liesse sich einiges sagen, so etwa zu den extrem zurückhaltend prognos-

tizierten Sondersteuereinnahmen. Wesentlicher scheinen der CVP-Fraktion aber die Ausführungen des Stadtrates, welche dieser in seinen vier finanzrelevanten Vorlagen zu den heutigen Traktanden 3, 4, 5 und 6 in unterschiedlichem Detaillierungsgrad gemacht hat. Dazu erlaube ich mir einige konkrete Hinweise:

- Hinweis 1: Die mit der Neuorganisation der Stadtverwaltung ab Januar 2005 möglich gewordenen Synergiepotenziale sind, insbesondere im personellen Bereich, energisch zu nutzen.
- Hinweis 2: Das Prozedere zu den bereits eingeleiteten und den in zweiter Priorität beabsichtigten Analysen erscheint auf den ersten Blick recht akademisch. Das ist Ok. Weil aber die Arbeit von den Departementssekretären und anderen Leuten aus der Stadtverwaltung gemacht wird, ist es nach unserer Einschätzung doppelt und dreifach wichtig, dass der Stadtrat für jede einzelne Analyse erstrebenswerte Zielvorgaben macht.
- Hinweis 3: Zur Immobilienbewirtschaftung: ist es nach bald fünf Jahren (ich verweise auf die Zielsetzungen in den Budgets und Jahresrechnungen seit 1999) nicht endlich an der Zeit, dass diese Abteilung zu einem wirtschaftlich orientierten erfolgreichen Profitcenter wird? In der Privatwirtschaft ginge das wesentlich schneller als bei uns in der Stadt.
- Hinweis 4: Auch von der Überprüfung der Gebühren und deren Anpassung hin zu Vollkosten deckenden Entgelten für spezielle Dienstleistungen ist schon seit gut zwei Jahren die Rede. Hier ist nun Volldampf gefordert.
- Hinweis 5: Die für 2006 ins Auge gefasste explosive Personalvermehrung beim Lehrpersonal ist zu einem guten Teil auf die beabsichtigte Einführung des integrativen Schulmodells zurückzuführen. Das könnte im Bericht Nr. 1549 des Stadtrates zum Bildungspolitischen Konzept für die Stadt Zug und auch im Bericht der Kommission Elisabeth Müller noch ganz anders.
 - Nachdem nun das diesbezüglich revidierte kantonale Schulgesetz den Gemeinden freistellt, dieses personal- und raumkostenintensive integrative Schulmodell einzuführen,
 - nachdem auch in pädagogischen Fragen die Halbwertszeit neuer Ideen und Modelle immer kürzer wird (sodass wir die Umstellung vom Sonderklassensystem zum integrativen Schulmodell unter Umständen gerade noch rechtzeitig stoppen können)
 - und nachdem diese Umstellung sowohl unter pädagogischen wie insbesondere auch unter soziokulturellen Gesichtspunkten nie unumstritten war, sollte der Stadtrat diese Umstellung sine ira et studio und ohne jede Hast nochmals reiflich überlegen - nicht nur unter finanziellen Aspekten.
- Hinweis 6: Die vor etwa sieben Jahren gesprochenen CHF 250'000.-- aufgrund einer Motion aus dem GGR zu Standortentwicklungsfragen sollten gelegentlich ausgegeben werden. Es ist vermutlich an der Zeit.

Nun aber zu den zwei eigentlichen Kernpunkten der Stadtratsvorlage: Die Auflistung der noch nicht bewilligten, sondern erst beabsichtigten Investitionsvorhaben erfolgte ohne Prioritätenfestlegung. Das geht in Ordnung, wurde auch bisher immer so gehandhabt. Darf ich mir aber im heutigen Zeitpunkt eine Anregung erlauben: Wie wäre es,

wenn der Stadtrat im Rahmen seiner alljährlichen Klausur oder in einer Sonder-Klausur eine echte Prioritätenordnung der vor uns stehenden Investitionsvorhaben erarbeiten würde? Und wie wäre es, wenn gleichzeitig die Bau- und Planungskommission und die Geschäftsprüfungskommission unabhängig voneinander ihre eigenen Prioritätenordnungen für die zurzeit bekannten Investitionsvorhaben erarbeiten würden? Über das anschliessende Bereinigungsverfahren, über den Einbezug der Fraktionen und Parteien sowie über die Beschlussfassung durch den GGR habe ich eigene Vorstellungen, möchte aber dem Stadtrat die Führung überlassen. Ziel der ganzen Übung wäre jedenfalls, diese schlussendlich gemeinsam erarbeitete Prioritätenordnung in den Finanzplan 2006 - 2010 einzuarbeiten. Bei gutem Gelingen könnte diese Art der gemeinsamen Prioritätenfestlegung alle zwei Jahre wiederholt werden. Utopisch! Werden einige einwenden. Ein Experiment, das es zu wagen gilt, halte ich diesen Zweiflern entgegen, und dies unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die zweite Kernbotschaft des Stadtrates, die da lautet: Konstruktive Zusammenarbeit aller bei der Bewältigung der anstehenden Zukunftsaufgaben. Namens und auftrags der CVP-Fraktion darf ich dem Stadtrat mitteilen: Wir sind gerne bereit zu dieser vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger nimmt zu den grundsätzlichen Voten wie folgt Stellung:

- Steuerbelastung und Mehreinnahmen: Der Stadtrat hat von Mehreinnahmen im Sinne von zusätzlichen Einnahmen durch Wachstum gesprochen. Es ist nicht damit zu rechnen, dass der Stadtrat nun vierteljährlich dem Rat eine neue Abgabe unterbreiten möchte. Der Stadtrat hat die angesprochenen Wachstumsraten im Sinne von Neuzuzügen gemeint. Die Steuereinnahmen stammen nicht nur von den Juristischen Personen. Das nächstjährige Budget zeigt, dass von den Natürlichen Personen rund CHF 76 Mio. und von den Juristischen Personen rund CHF 54 Mio. Steuereinnahmen erwartet werden. Es ist zu bedenken, dass zu früheren Zeiten in der Stadt Zug die Steuereinnahmen der Juristischen Personen wesentlich höher als diejenigen der Natürlichen Personen waren. Es sind also nicht nur die Juristischen, sondern auch die Natürlichen Personen als Klientel zu pflegen. CHF 5 Mio. von total CHF 135 Mio. Steuereinnahmen erfolgen durch Sondersteuern.
- Standortfaktoren: Es wird in diesem Rat nicht über die nachhaltigen Standortfaktoren geschmunzelt. Jeder, der hier im Rat etwas zu vertreten hat, weist darauf hin, dass dieses Anliegen ein Standortfaktor ist. Diesen Faktoren kommt auch entsprechend hohe Priorität zu und wird auch weiterhin so sein. Es ist absolut klar: Der Standort Zug wird bestraft, wenn weiter fortgefahren wird mit der Jammerei, die sich seit der Thematik NFA in alle Diskussionen eingeschlichen hat. Es gibt absolut keinen Platz zum Jammern.
- Massnahmenüberprüfung: Es handelt sich absolut um keinen Spaziergang, mit dem die CHF 20 Mio. des ZFA finanziert werden können. Rund ein Viertel der Ausgaben bestimmt die Stadt Zug selbst.
- Die Steuerreserven befinden sich nirgends auf einem Konto. Der Stadtrat hat auch nirgends eine Schatulle, aus der er Reserven entnehmen könnte. Es trifft zu, dass die Steuereinnahmen besser als budgetiert fliessen werden. Solange aber die Steuerrück-

stellungen auch noch angegriffen werden, schliesst die Rechnung immer noch mit Minus ab. Die Rechnung ist erst ausgeglichen, wenn sowohl kein Verlust erwirtschaftet wird und auch keine Entnahmen aus den Steuerrückstellungen erfolgen müssen.

- Prioritätenordnung von Investitionen: Der Stadtrat wird in seiner baldigen Klausur diesen Vorschlag thematisieren.

Ernst Merz beantragt, den Finanzplan 2005 - 2009 zu genehmigen anstatt nur zur Kenntnis zu nehmen. Der Sprechende empfiehlt den vorliegenden Finanzplan zur Ablehnung.

Ratspräsident Werner Golder: Gemäss kantonalem Finanzhaushaltsgesetz liegt der Finanzplan in der Zuständigkeit der Exekutive und ist von der Legislative lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Es besteht aber die Möglichkeit, dass die Legislative über die Kenntnisnahme abstimmen kann.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass kein Antrag auf Abstimmung über Kenntnisnahme gestellt wird. Der GGR hat somit den Finanzplan 2005 - 2009 grossmehrheitlich zur Kenntnis genommen.

4. Budget 2005

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1818

Bericht und Antrag der ITK Nr. 1818.1

Bericht und Antrag der GPK Nr. 1818.2

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Ivo Romer, Präsident GPK: Zuerst möchte ich mir hier erlauben, zwei Begriffe, die immer wieder falsch verstanden oder interpretiert werden, aus der bescheidenden Sicht des GPK-Präsidenten zu klären:

- Budget: Das Budget ist kein, ich wiederhole, kein Ausgabenplan! Vielmehr dient das Budget als Orientierungs- und Planungshilfe für das laufende Rechnungsjahr. Die definierten Ausgaben müssen nicht zwangsläufig auch im vollen Umfang ausgegeben werden! Die Erträge sind so realistisch wie immer möglich zu planen, die Erfahrung zeigt jedoch, dass der Spielraum enorm ist (vor allem bei den Steuererträgen nach oben).
- Sparen: Sparen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, heisst verzichten und nicht das Ausgabenwachstum zu verlangsamen. Die Kürzungsanträge (nicht Sparanträge) der GPK im Budget sind denn auch keine asozialen oder in der Wahrnehmung einzelner von Moralinsäure tiefenden Mitmenschen peinliche Aktionen, sondern das Resultat einer seriösen Auseinandersetzung über Notwendigkeit, Wichtigkeit und Dringlichkeit mit Blick auf eben dieses Ausgabenwachstum.

Meine Damen und Herren: Die Budgetdisziplin und nicht das Budget als solches ist eine der Kernverantwortungen des Stadtrates und der ganzen Verwaltung, und da können wir ihn messen. Lassen Sie uns nach diesem kleinen Exkurs nun zum Budget 2005 übergehen:

Grundsätzliches:

- Ich widerspreche ganz klar, dass in der GPK persönlich motivierte Kürzungen vorgenommen wurden. Die neue Budgetierung erforderte von allen Beteiligten einen gewissen Mehraufwand. Ich bin der Meinung, dass sich dieser Aufwand - unter Berücksichtigung der GPK-Anträge - gelohnt hat. Geben Sie diesem Budget unter den Aspekten der vermehrten Transparenz und der Kosten/Leistungsrechnung pro Abteilung die Möglichkeit, im 2005 die operativen Erfahrungen zu sammeln.

- Die Schulinformatik soll im Budget 2006 klarer ausgewiesen werden, schliesslich wird sie auch als Abteilung in Organigramm geführt
- Die Annäherung an eine Vollkostenrechnung wird von der GPK begrüsst. Der eingeschlagene Weg ist hier unbedingt und auch unbeirrt weiter zu begehen. Dem Stadtrat gebührt hierfür ein Dankeschön.

Departemente:

- Pauschale Budgetposten, die Fortschreibung von Budgetzahlen vergangener Jahre oder Budgetposten mit zureichenden Begründungen haben auch heuer keine Zustimmung in der GPK gefunden und ich betone es hier ausdrücklich: auch zukünftig werden wir hier den Rotstift ansetzen. Trotz möglichen gegenteiligen stadträtlichen Beteuerungen hat sich die GPK wegen der neuen Budgetierung hier jedoch Zurückhaltung geübt. Die GPK unterstützt die neue Art der Budgetierung.

Fazit: Der Steuersatz soll gemäss unserem Antrag auf 70% abzüglich 2% Rabatt festgelegt werden. Im Gegensatz zum Stadtrat herrscht in der Kommission die Meinung vor, dass aufgrund der nach wie vor konservativen Budgetierung der Einnahmenseite, der noch vorhandenen Steuerausgleichsreserven und vor allem eine kostenbewusste Verwaltung und ein ebenso kostenbewusstes Parlament den vollständigen Wegfall des Steuerrabatts rechtfertigen.

Stimmen Sie deshalb dem Budget wie von der GPK beantragt zu, danke."

Stadtrat Hans Christen: "Wie vom Stadtpräsidenten erwähnt, hat der Stadtrat vereinbart, dass ich als designierter Chef des Finanzdepartements das Budget 2005 vor dem Grossen Gemeinderat vertreten werde. Zu diesem vorliegenden Budget nehme ich wie folgt Stellung:

Allgemeines

- Der Stadtrat steht hinter dem Budget 2005 mit dem vorgeschlagenen Defizit von CHF 1,195 Mio.
- Das vorliegende Budget ist das Ergebnis von mehreren Budgetrunden der gesamten Stadtverwaltung. Es wurden gezielte Kürzungen von mehreren Millionen Franken vorgenommen.
- Das Budget wurde mit einem neuen Kontoplan ausgearbeitet. Die Kosten sollen im Hinblick auf die Einführung einer Kosten-/Leistungsrechnung möglichst direkt der entsprechenden Kostenstelle zugeteilt werden. Dies bedingt, dass Aufwendungen, die bisher auf Sammelkonti verbucht waren, neu aufgeteilt werden müssen. Es handelt sich dabei um Aufwandarten wie Spesen, Weiterbildung, Drucksachen usw.
- Ab dem Budget 2005 werden die Kosten transparenter dargestellt, und es sind auch bessere Vergleiche möglich.

Zum Bericht und den Anträgen der GPK

1. zu den beantragten Kürzungen:

- Die GPK schlägt vor, den Aufwand auf 21 Positionen um insgesamt CHF 335'000.-- zu kürzen. Das sind ganze 0,2 Prozent des kassenwirksamen Aufwands von rund CHF 163 Mio.

- Betroffen sind Ausgaben für Projekte, für externe Beratungen, für Drucksachen und Fachliteratur oder die Arbeit von Kommissionen. Viele dieser Ausgaben sind auf Aufträge und Vorstösse im GGR zurückzuführen oder sind zur Entscheidungsfindung wichtig. Wird hier am richtigen Ort gespart? Es sei darauf hingewiesen, dass mit dem Budget die Kredite lediglich bewilligt werden. Der Stadtrat kann im Rahmen des Budgets Ausgaben tätigen. Die Erfahrung aus den beiden letzten Jahren zeigt, dass mit den Budgetpositionen sehr sparsam umgegangen wurde.
 - Die betroffenen Stadträte werden zu den einzelnen Kürzungsanträgen der GPK oder aus dem Rat jeweils Stellung nehmen.
2. zu den Steuern:
- Die GPK stellt den Antrag, den Rabatt von 2 Prozent für ein weiteres Jahr zu gewähren. Vor Jahresfrist hat diese Kommission ein "Softlanding" vorgeschlagen, d.h. der Steuerrabatt sollte in zwei Phasen abgeschafft werden. Ohne neue Erkenntnisse wird nun von dieser Strategie abgewichen. Neben der Verzögerung bei der Abwassergebühr (Ausfall CHF 1,9 Mio.) soll nun nochmals auf CHF 2 Mio. verzichtet werden. Gerade für juristische Personen ist ein konstanter Steuerfuss eine wichtige Planungsgrundlage. Im Hinblick auf die NFA und den ZFA, den zugerischen Finanzausgleich, ist es äusserst wichtig, die Steuerausgleichsreserve nicht unnötig zu belasten. Der Stadtrat möchte möglichst lange am Steuersatz von 70 % festhalten und gerade diese Steuerausgleichsreserve als Sparstrumpf für die kommenden Jahre äufnen. Nur so bleiben wir als attraktiver Standort ein zuverlässiger Partner. Ein Hüst und Hott in der stadtzugerischen Steuerpolitik wäre ein falsches Zeichen. Im Weiteren verweise ich auf die ausführlichen Erklärungen des Stadtpräsidenten anlässlich der letzten GGR Sitzung.
 - Problematisch ist die Budgetierung der Steuern aus Vorjahren. Im aktuellen Steuerertrag für das Jahr 2004 sind CHF 22,7 Mio. Ertrag aus früheren Jahren und zwar CHF 15,7 Mio. von den natürlichen Personen und CHF 7,0 Mio. von den juristischen Personen. Im Budget 2005 sind CHF 14 Mio. Ertrag aus früheren Jahren vorgesehen. Die Aufholung des Einschätzungsrückstandes bei den natürlichen Personen zufolge der jährlichen Einschätzungen dürfte Auswirkungen haben, die man nicht unterschätzen darf.
 - Ich nehme es vorweg, der Stadtrat hält fest an seinem Antrag: „Steuerfuss 70 Prozent ohne den 2%igen Rabatt.
 - Die GPK beantragt, den Ertrag aus der Grundstückgewinnsteuer von CHF 3 Mio. auf CHF 4 Mio. zu erhöhen. Das ist reine Budgetkosmetik, und ich ersuche Sie, die Budgetierung der Erträge aus den Steuern der Exekutive zu überlassen. Nur der Stadtrat und im speziellen das Finanzdepartement sind im ständigen Kontakt mit der kantonalen Steuerverwaltung und der Einschätzungskommission für Grundstückgewinne. Wir haben hier den Überblick und budgetieren nach Absprache mit diesen Stellen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und selbstverständlich danke ich auch dem scheidenden Finanzchef, Christoph Luchsinger für die guten Wünsche für meine Zukunft als

neuen Finanzchef. Recht herzlich danke ich ihm auch für die Übergabe eines gut motivierten Teams im neuen Finanzdepartement."

Cornelia Stocker: "Auch dieses Jahr hat sich die FDP intensiv mit dem vorliegenden Voranschlag – und nicht nur mit dem Steuerrabatt – auseinandergesetzt. Hier unsere wichtigsten Feststellungen und Standpunkte: Wir nehmen mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis, dass der Stadtrat langsam aber sicher Ernst macht mit dem Sparen. Die Fettpölsterchen sind noch nicht ganz weg, aber immerhin musste die Verwaltung mehrere Budget- resp. Kürzungsrunden über sich ergehen lassen. Der Wille ist da, man befindet sich auf dem richtigen Weg, man darf sich jedoch noch lange nicht am Ziel glauben. Am Ziel sind wir erst, wenn die vom Stadtrat in der Beantwortung unserer Interpellation und der CVP-Motion aufgezeigten Massnahmen, insbesondere die Ergebnisse der umfassenden Kosten-/Nutzenanalyse und die Hinterfragung des jetzigen hohen Standards verschiedener städtischer Aufgaben greifen und in messbaren Resultaten, sprich einer günstigeren Verwaltung, umgesetzt sind. Sauer aufgestossen ist unserer Fraktion, dass der Stadtrat auf Seite 3 des Voranschlags davon spricht, das Bauamt habe 2 volle Pensen reduziert. In Tat und Wahrheit handelt es sich dabei um die vom GGR für 2 Jahre befristeten Stellen und nicht um eigentliche Stellenreduktionen. Dem Steuerzahler angeblichen Spareifer im Sinne verzerrter Fakten vorzugaukeln ist nicht sonderlich vertrauensfördernd. Einig hingegen ist die FDP-Fraktion mit dem Stadtrat, die zu erwartenden Steuereinnahmen weiterhin grundsätzlich konservativ zu budgetieren. Wir alle wollen lieber positiv als negativ überrascht werden. Ansonsten würden im Hinterkopf von umtriebigen Verwaltungsangestellten allfällige zusätzliche Einnahmen bereits wieder auf kreative Weise verplant werden. Auf der Gegenseite wollen wir an eine weiterhin gewissenhafte Budgetdisziplin appellieren. Dies gilt nicht nur für den Stadtrat und die Verwaltung, auch dieser Rat, also Sie meine Damen und Herren, stehen hier in der Verantwortung. Im detaillierten Budget fällt uns auf, dass die Kosten für die Tagesheime von Jahr zu Jahr markant zunehmen. Der Ausbau der familienergänzenden Betreuung ist und war ein Postulat, das von der grossen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird. Dies darf aber den Stadtrat nicht davon abhalten, den Wettbewerb spielen zu lassen und eine Pro-Kopf-Subvention, also generell eine Subjektfinanzierung, anzupfeilen. Hier möchten wir den Stadtrat eindringlich zum Handeln auffordern. Unsere Fraktion hat auch mal ein Auge auf das Baarer Budget geworfen, natürlich im Bewusstsein, dass nicht alle Positionen eins zu eins verglichen werden können. Trotzdem möchten wir ihnen unser Erstaunen nicht vorenthalten: Hier drei Vergleiche:

- Die Stadt Zug hatte per 1.1.2004 23325, Baar 20024 Einwohner.
- Zug hat ohne Lehrer 237, Baar ohne Lehrer gut 150 Verwaltungsangestellte, dies ergibt in Zug auf einen Verwaltungsangestellten 100 Einwohner, in Baar pro Verwaltungsangestellten 133, also ein sattes Plus von 33 %, das sich nicht nur allein den Zentrumslasten zuzuschreiben lässt.
- Die Weihnachtsbeleuchtung: In Zug schlägt sie mit jährlich wiederkehrenden Kosten von ca. einer Viertelmillion zu Buche. In Baar mit CHF 30'000.--. Klar ist diejenige von uns opulenter und wir finden sie schöner, aber wir haben sie nicht einmal über die ganze Stadt.

- Die Musikschule: Uns kostet sie netto CHF 2,6 Mio. in Baar netto CHF 1,6 Mio., und bekanntlich hat Baar mehr Schüler als wir.
- Baar leistet sich Kulturausgaben von netto CHF 640'000.--, wir netto CHF 3,2 Mio. Auch hier kann und darf man nicht den ganzen satten Unterschied den Zentrums-lasten zuschreiben. Faktor 5 lässt sich so sicher nicht rechtfertigen. Wir sind gespannt, was die Ergebnisse der angekündigten Untersuchung zeigen werden.

Anhand dieser Beispiele möchten wir ihnen aufzeigen, dass wir Stadtzuger uns schlicht und einfach einen sehr hohen Standard leisten. Alle Gegner für jegliche Sparbemühungen sollten von diesen Beispielen aus ihrem Dornröschenschlaf aufgerüttelt werden. Sollte im Zusammenhang mit der Lastenneuverteilung die Teilabgeltung der Lehrersaläre vom Kanton an die Gemeinden zukünftig pro Schulkind pauschal erfolgen, ist es jetzt eine absolute Dringlichkeit, die jetzt sehr komfortablen Klassengrößen zu überdenken. Auch das Quartierschulhaus-Prinzip und damit die erst kürzlich vom Stadtrat zementierte Schulkreiseinteilung gilt es bereits wieder zu hinterfragen. Wenn ich die Klassenliste anschau, so haben wir z.B. im Hänggeli ein 1. und 2. Klasse à je 14, im Kirchmatt eine 3. mit 10 und im Riedmatt eine 4. mit 13 Kindern. Und nun ganz zum Schluss noch zum Steuerfuss: In Anbetracht dessen, dass die Einnahmenseite vom Stadtrat vorsichtig/konservativ budgetiert ist und aufgrund der Tatsache, dass nach wie vor CHF 17,5 Mio. auf dem Steuerausgleichskonto sind sowie unseren leicht optimistischen Hoffnungen und Erwartungen der wirtschaftlichen Entwicklungen als auch der Steuereinnahmen im 2004 sieht die FDP heute keinen dringenden Anlass, jetzt schon auf die Rabattgewährung zu verzichten. Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden, bevor nicht sämtliche Einspar- und Optimierungsmöglichkeiten greifen, umgesetzt und ausgeschöpft sind. Und wie uns der Stadtrat in den kommenden Traktanden aufzeigen wird, sind diese Massnahmen noch nicht definitiv festgelegt und erst im Laufe von 2005 spruchreif. Lassen Sie uns erst darauf warten. Und zum Softlanding: Ein Softlanding heisst nicht Aufheben des Rabatts im zweistufigen Verfahren. Das hat die GPK nie so gesagt. Als Konsequenz unterstützt die FDP einstimmig sämtliche GPK-Anträge und letztendlich dann den Voranschlag 2005."

Monika Mathers: "Alle Jahre wieder kommt, vor dem Weihnachtsmann, die Budgetdebatte hier im GGR. Wir werkeln, mehr oder weniger kompetent, an den Zahlen herum, die uns der Stadtrat und die Verwaltung in wochenlanger Arbeit vorbereitet haben. Konnten wir über 30 Jahre wohlwollend und grosszügig sein, weht seit kurzer Zeit ein anderer Wind. Die mageren sieben Jahre haben begonnen. Als erstes möchte ich allen danken, die die Zahlen minutiös zusammengetragen und nach Einschränkungsmöglichkeiten durchgepflügt haben. Der Stadtrat soll drei Sparrunden eingelegt haben, bevor er uns sein Budget vorlegte. Bevor wir dieses aber auseinander dividieren, müssen wir uns fragen, was für Ziele wir damit verfolgen und in welche Richtung wir als Parlament unsere Stadt leiten wollen. Wir sind uns sicher alle einig, dass wir uns über längere Zeit kein Defizit leisten sollten. Ausserdem möchten wir die Standortvorteile unserer Stadt erhalten und sogar ausbauen. Neben einem guten Steuerklima dürfen wir aber die „Soft“-Standortvorteile nicht vergessen: Gute Schulen, kleine Klassen, reiches Kulturangebot, leichter Zugang zu einer zuvorkommenden Verwaltung, gutes Wohnklima für

Reich und weniger Reich, Infrastruktur für die ältere und nicht mehr so gesunde Bevölkerung, stabile Auffangnetze für sozial Gestrauchelte und so weiter. Um zu einem ausgeglichenen Budget zu kommen, gibt es drei Wege: Wir können sparen, wir können mehr Einnahmen generieren oder wir können von jedem etwas tun. Sicher enthält jedes Budget ein gewisses Sparpotenzial. Wichtig ist einfach, dass man die Grenze zwischen vernünftigen Optimierungen und destruktivem Sparen kennt. Denn jeder Franken, der von der Stadt eingespart wird, fehlt Familien und Gewerbe, und jede Stelle, die wegrationalisiert wird, kreiert Erwerbslose und mehr Gänge zum Sozialamt. Je verhaltener und pessimistischer wir mit unserer Ausgabenpolitik sind, desto unsicherer und sparsamer wird die Bevölkerung, der Binnenmarkt, die Lokomotive jeder Wirtschaft, kommt nicht in Fahrt. Der Stadtrat hat in seinem Budget Vorschlag neben Einsparungen auch neue Einnahmen vorgesehen. Doch CHF 1,9 Mio. haben wir ihm vor zwei Wochen mit der zurück verschobenen Einführung der Schmutzwassergebühr bereits wieder aus der Hand genommen. Bleibt noch die Aufhebung des zweiprozentigen Steuerrabatts, Einnahmen von etwas über CHF 3 Mio. Doch die Mehrheit im Saal scheint laut Zuger Presse nichts davon wissen zu wollen. Das erstaunt mich sehr. Als ich vor vierzehn Tagen an dieser Stelle sagte, dass ich im Prinzip nichts von indirekten Steuern halte, dass wir statt Mehrwertsteuer und gleiche Gebühren für alle, besser unsere Einnahmen über direkte und damit soziale Steuern generieren sollten, sah ich grosses Köpfe Nicken und hörte den Zwischenruf hier vorne. „Das wollen wir ja auch!“ Bringen Sie jetzt den Tatbeweis! Was bedeuten 2 % Steuerrabatt für eine Familie mit Kindern? Dank dem Steuerformular auf der Homepage des Kantons Zug können wir das sehr genau berechnen. Ich habe die Gemeindesteuern von Baar mit 70 % und Zug mit 68 % miteinander verglichen. Dabei habe ich steuerbare Familieneinkommen von CHF 30'000.-- bis CHF 500'000.-- gerechnet. Wer nur CHF 30'000.-- versteuert, zahlt bei Aufhebung des Steuerrabatts 17 Franken mehr, also 3 ½ Kaffee crème. Eine Mittelstandfamilie mit einem steuerbaren Einkommen von immerhin CHF 60'000.-- zahlt ganze 55 Franken mehr, und auch für den Grossverdiener, der ½ Million versteuert, sind die zusätzlichen 800 Franken ein Klacks. Doch Sie scheinen das nicht zu wollen. Lieber wird gespart und die Zitrone ausgepresst, bis sie bitter und ungeniessbar wird. Dabei sind in diesen Sparrunden sehr oft massive Preissteigerungen nicht für alle, sondern für einzelne Bevölkerungsgruppen versteckt. Die Familien mit Kindern scheinen hier die grössten Opfer bringen zu müssen, obwohl wir alle wissen, dass heutzutage Kinder zu haben oft ein Armutrisiko ist. Den Anfang dieser unsäglichen Entwicklung haben wir vor anderthalb Jahren gemacht, als dieser Rat den Selbstbehalt für den Schulzahnarzt um 70 Franken pro Fall erhöhte. Damit könnte eine Familie mit CHF 30'000.-- steuerbarem Einkommen über vier Jahre die Steuerdifferenz von 2 % bezahlen. Im Budget des Bildungsdepartements finden wir eine ganze Reihe solcher Einsparungen auf dem Buckel der Familien: Der Buspass wird nur noch mit 33 % statt früher 50 % subventioniert, das (obligatorische) Klassenlager auf dem Götsch wird teurer, die Tagesschule kostet mehr, für Verbrauchsmaterial muss neu an der Oberstufe bezahlt werden, die Musikschule schlägt auf, der Mittagstisch kostet mehr etc. Wenn jede dieser Erhöhungen pro Jahr nur 5 Franken wäre, was sie leider nie und nimmer sein wird, zahlt eine Familie mit zwei bis drei Kindern ein Vielfaches des nicht mehr gewährten Steuerrabatts. Wollen Sie das? Wollen Sie die Familien, deren

Kinder unsere Zukunft sind, derart beuteln, und allen andern Steuerzahlern nicht einmal das kleine Opfer des nicht mehr gewährten Steuerrabatts zumuten? Wollen Sie eine Umverteilung von Arm zu Reich? Ich weiss, dass die meisten hier im Saal in ihren Fraktionen beschlossen haben, den Steuerrabatt weiter zu gewähren. Doch klüger zu werden ist nicht verboten. Bitte überlegen Sie sich während dieser Debatte nochmals alles genau und entscheiden Sie erst dann, was für ein Zug Sie wollen."

Isabelle Reinhart: "Das uns vorliegende Budget ist keineswegs nur erfreulich. Zwar wird uns deutlich der gute Wille zum Sparen aufgezeigt, gemeint sind damit die Sparrunden im Stadtrat sowie die departementsinternen Kürzungsrunden. Tatsache ist aber, dass die Stadt Zug sich weiter verschuldet und auch für das Jahr 2005 ein Defizit vorsieht. Mit oder ohne Rabatt wird also keine ausgeglichene Rechnung präsentiert. Die CVP vertritt die Meinung, dass es falsch wäre, den Steuerrabatt von 2 % nicht mehr zu gewähren, da dies in der heutigen Zeit ein völlig falsches Zeichen setzen würde. Der Stadtrat legt dar, dass bereits alle Anstrengungen unternommen worden sind, um die laufende Rechnung in den Griff zu bekommen. So dürfen wir davon ausgehen, dass diese laufende Rechnung da, wo es sich nicht um gebundene Ausgaben handelt, bereits ausgepresst wurde wie eine Zitrone. Weitere Sparmöglichkeiten liegen jedoch noch in den Investitionen und sind bei einem Eigenfinanzierungsgrad von nur 47% (und in den folgenden Jahren noch abnehmend) dringend notwendig. Die Investitionen sind auch insofern von grossem Interesse, da sie langfristig die Rechnung mit Abschreibungen belasten. Gerade aber langfristig müssen wir - Exekutive und Parlament, Verantwortung wahrnehmen und dafür sorgen, dass die Kosten uns nicht aus dem Ruder laufen. Wir müssen uns fit trimmen für die noch zu erwartenden Belastungen durch den NFA. Zusammenfassend ist zu sagen, dass Zug immer noch über seine Verhältnisse lebt und künftig den Gürtel etwas enger schnallen muss und sich nicht herablassen sollte, die hohle Hand zu machen. Hilfreich ist in dieser Hinsicht sicherlich die von der CVP veranlasste Motion betreffend Aufzeigen von Sparmöglichkeiten. Die CVP nimmt den Stadtrat beim Wort, dass künftig die Festlegung von Prioritäten und das kritische Hinterfragen von Standards unumgänglich sein werden. Wir empfehlen Ihnen im Übrigen, die GPK-Anträge in weiten Teilen zu unterstützen."

Simone Gschwind: "Nach dem Votum von Monika Mathers erstaunt es doch sehr, dass die Familienpartei CVP den Steuerrabatt weiterhin gewähren will. Dem Stadtrat sei an dieser Stelle für seine grossen Sparbemühungen in Richtung ausgeglichenes Budget bestens gedankt. Er dürfte sein Bestes gegeben haben. Nun ist dieser Rat gefordert, ebenfalls Augenmass zu halten. Darum das Wichtigste gleich vorab: Die Fraktion der SP spricht sich für einen Steuerfuss von 70 % und damit für die Streichung des bisherigen Steuerrabattes von 2 % aus. Nur so bestehen für die Stadt Zug im kommenden Jahr gute Aussichten, keine roten Zahlen zu schreiben. Die Forderung der bürgerlichen Parteien zur Beibehaltung des Steuerrabatts wirkt unverständlich. Denn damit wird bewusst in Kauf genommen, dass der gebeutelten Stadtkasse Steuereinnahmen von weiteren CHF 2 Mio. vorenthalten werden. In Anbetracht des bereits unausgeglichenen Budgets und der auf die Stadt zukommenden Zusatzbelastungen aus NFA und ZFA irritiert sol-

ches Vabanque-Spiel. Das Argument, dass bei den Steuererträgen noch Luft drin sei, vermag nicht voll zu überzeugen und hat sich in der Vergangenheit nicht immer als richtig erwiesen. Es ist an der Zeit, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Der Stadtrat wird eine verbindliche Finanzstrategie präsentieren müssen, deren oberstes Ziel die Gewährleistung von Kontinuität sein muss. Hierzu wird er einen langfristig verbindlichen Steuerfuss zu definieren haben, welcher auf parteiübergreifendem Konsens basiert. Denn entscheidend ist nicht die Höhe des Steuerfusses, sondern dessen Stabilität und das in ihn gesetzte Vertrauen. Aber auch dieser Rat und damit auch die GPK werden in diese Verantwortung einzubinden sein. Mit den alljährlich ohne jedwelche Strategie durchgeführten Kleinstsparübungen ist es aber definitiv nicht getan. Die GPK hinterfragt bei ihren Kürzungsattacken jeweils nicht die Leistungen, sondern setzt den Rotstift nach persönlichem Gutdünken und damit ziemlich willkürlich an. Die zentrale Frage aber, wo wir konkret sparen sollen und wollen, wird damit von der GPK nicht beantwortet. Statt willkürliche Kürzungsattacken braucht diese Stadt klare politische Prioritäten. Genau mit diesen Fragen wird sich dieser Rat sorgfältig zu befassen haben, um für die Zukunft eine klare Prioritätenordnung samt Investitionsbedarf zu entwerfen. Nur so wird sich dieses Schiff auf Kurs halten lassen."

Ernst Merz: "Es ist schon etwas komisch, dass das Parlament nicht über den Finanzplan abstimmen kann. Ist das Parlament denn nur Kopfnicker oder wirklich zuständig, über eine solch wichtige Vorlage zu befinden?"

Ratspräsident Werner Golder: Gemäss Finanzhaushaltsgesetz hat der Stadtrat den Finanzplan vorzulegen. Es steht ausschliesslich nicht, dass der GGR diesen Finanzplan zu genehmigen hätte wie beispielsweise die Rechnung und das Budget.

Ernst Merz: "Die Stadt Zug lebt auf zu grossem Fuss. Das wurde schon angetönt und muss von mir bestätigt werden. Das Budget 2005 der Stadt Zug sieht ein Defizit von CHF 1,195 Mio. trotz „Sparanstrengungen“ gemäss Bericht und Antrag des Stadtrates vor. Alle reden von Sparen, doch niemand tut es ernsthaft. Die Linke (SP, AL), die behauptet, der Staat werde zu Tode gespart, kämpft gegen ein Phantom. Die Fakten belegen das Gegenteil: Der Personalaufwand steigt munter weiter und wird vor allem immer teurer. Seit der Rechnung 2003 werden die Personalkosten um 6,3 Prozent und gemäss Finanzplan 2006 um sage und schreibe um 12,5 Prozent steigen! Das Problem liegt im kaum gebremsten Aufwandanstieg. Als wäre es ein Naturgesetz, steigt der Aufwand unaufhörlich. Als Folge des hohen Aufwandüberschusses und des hohen Investitionsvolumens fällt der Selbstfinanzierungsgrad im 2005 auf lediglich 47 Prozent (ohne Wohnungsbau). Wenn die Steuereinnahmen nicht mehr so ergiebig sprudeln oder sogar stagnieren und das Eigenkapital gestärkt werden muss, bleibt eigentlich nur eine Ausgabenreduktion übrig. Der Stadtrat wird aufgefordert, finanzpolitisch endlich Nägel mit Köpfen zu machen und die Ausgaben namhaft zu senken. Was uns heute vom Stadtrat und auch GPK an Sparmassnahmen präsentiert wird, ist reine Budget-kosmetik. Die einzige konkrete Massnahme wäre gewesen, auf der Kostenseite konsequent das nur Wünschbare vom absolut Notwendigen zu trennen und rigorose Ausgabenkürzungen

vorzunehmen. Notwendig wäre auch ein Mentalitätswechsel in der Verwaltung und auch beim GGR. Konkrete Sparmöglichkeiten sehe ich persönlich beim Personalaufwand. Die Zuger Stadtverwaltung ist entweder aufgebläht oder es werden (zu) hohe Löhne und Sozialleistungen bezahlt. Ein Vergleich der Verwaltungskosten der Stadt Zug gemäss Statistik des Städteverbandes drängt sich auf. Weitere Sparmöglichkeiten bestehen im Sozialamt. Hier wird von einer angebotsorientierten Sozialpolitik ausgegangen, welche die Sogwirkung von potenziellen und aktuellen Sozialhilfeempfänger erheblich verstärkt. Schliesslich sind auch bei den Ausgabeposten Spesen: Drucksachen (Fachliteratur), Beratungen (Expertisen) und Löhnen für Nebenämter (Aushilfen) noch bedeutende Kostenoptimierungen möglich. Ich fordere Sie heute auf, die Mentalität als „Weihnachtsmann“ zu vergessen, das „Blinde-Kuh-Spiel“ zu beenden und mit dem Rotstift (Streichkonzert) grosszügig umzugehen. Wie wir verantwortliche Volksvertreter und Mitglieder des GGR uns gegenüber dem Steuerzahler und Bürger der Stadt Zug zu verhalten haben, möchte ich mit einem Zitat Ciceros formulieren: „Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut sind, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist“.

Peter Kündig: "Die Migros erklärt den Detaillisten, wie Ladenöffnungszeiten richtig festzulegen sind. Die Linke erklärt der CVP die richtige Familienpolitik. Wir leben in absurden Zeiten. Tatsache ist,

1. dass wir heute über das Budget diskutieren sollten
2. dass die Gebühren, die Monika Mathers aufzählt, trotz des weggefallenen Rabatts nach der Meinung des Stadtrats hinaufgesetzt werden sollten
3. dass die Gebührendiskussion das nächste Jahr geführt wird und sich die CVP-Fraktion dann kritisch äussern wird."

Detailberatung (abschnittsweise)

Bericht Stadtrat (S. 2 - 8)

Keine Wortmeldungen

Hauptzahlen (S. 10)

Keine Wortmeldungen

Institutionelle Gliederung (S. 11)

Keine Wortmeldungen

Laufende Rechnung nach Kostenarten (S. 12 - 13)

Keine Wortmeldungen

Departementsziele

1. Präsidialdepartement (S. 14)

Keine Wortmeldungen

2. Finanzdepartement (S. 15)

Roland Neuner: " Unter Punkt 1. ist das Wort "kommunale" als nicht existent für das Departementsziel Punkt 1 zu streichen. Zu Punkt 4: Die Nutzung der städtischen Immobilien ist in einem Konzept definiert. Eine Optimierung bei den Kosten und eine bessere Nutzung (Mehrfachbenutzung) werden sich sicher in der Steigerung des Ertrags in den nächsten Jahren auswirken. Deshalb sollte dieses Ziel unbedingt nächstes Jahr besondere Beachtung finden. Was nicht mehr zum Finanzdepartement gehört, sondern neu zum Departement für Soziales, Umwelt und Sicherheit ist der Punkt 3 in dem Departementsziel: unter neuen Leistungsauftrag für Spitex soll ein neuer Vertrag nun endlich im Jahr 2005 abgeschlossen werden. Bereits im Budget 2001 war die Realisierung eines Vertrags als Departementsziel, damals noch im Finanzdepartement unter 365 21 aufgeführt.

- Aufwand im Jahr 2000 = CHF 1'100'000.-
- Aufwand im Jahr 2001 = CHF 1'260'000.-
- Aufwand im Jahr 2002 = CHF 1'418'250.-
- Aufwand im Jahr 2003 = CHF 1'598'628.-
- Voranschlag Jahr 2004 = CHF 1'500'000.-

Bei diesen Zahlen darf erwartet werden, dass der Stadtrat vermehrten Druck aufsetzt, damit endlich der seit Jahren als Departementsziel aufgeführte Vertrag realisiert wird.

3. Bildungsdepartement (S. 16)

Keine Wortmeldungen

4. Baudepartement (S. 17)

Keine Wortmeldungen

5. Departement für Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS) (S. 18)

Keine Wortmeldungen

Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung (S. 19 - 45)

1 Präsidialdepartement (S. 19 - 21)

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass über die Anträge der GPK abgestimmt wird, ausser wenn ein Antrag vom Stadtrat übernommen wird.

Zu Seite 19 - 21 liegen folgende Anträge der GPK vor:

- Konto 1200 31001: Stadtkanzlei, Archiv, Kommunikation, Drucksachen, Fachliteratur, sei um CHF 10'000.-- zu kürzen.
- Konto 1500 30903, Personaldienst, Personalbeschaffung, Inserate, sei um CHF 30'000.-- zu kürzen
- Konto 1600 30102, Kultur, Löhne Nebenämter/Aushilfen, sei um CHF 8'000.-- zu kürzen.

Stadtpräsident Christoph Luchsinger stimmt namens des Stadtrates dem Kürzungsantrag der GPK zu Konto 1500 30903: Personaldienst: Personalbeschaffung, Inserate, zu.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass kein Gegenantrag vorliegt und somit der Antrag der GPK, Konto 1200 31001, um CHF 10'000.-- zu kürzen, stillschweigend gutgeheissen ist.

Ernst Merz spricht zu Konto 1500, 30700: Personaldienst: Ruhegehälter, Zusatzbeiträge auf Renten: "Handelt es sich dabei um eine Schattenpensionskasse? Wer profitiert davon? Handelt es sich dabei um Einkäufe ins BVG, die grosszügig von der Stadt Zug für Chefbeamte und Stadträte übernommen werden? Wohin fliesst dieses Geld, handelt es sich um ein Ruhekissen für unfähige Chefbeamte, die frühzeitig in Pension geschickt werden? Zu diesem doch sehr happigen Betrag möchte ich nähere Auskünfte."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: Diese Position hat überhaupt nichts mit den Vorstellungen des Vorredners zu tun. Dieser Betrag resultiert aus den 1994 vorgenommenen Trennungen betreffend die Ruhegehälter der Altstadträte. Die hier anwesenden Stadträte sind darin nicht involviert. Damals wurden diese Beträge in Zusammenhang mit dem Primatswechsel zugesichert und vom Parlament genehmigt. Sie haben mit den in der heutigen Pensionskasse angeschlossenen Versicherten absolut nichts zu tun.

Abstimmung

über den Antrag der GPK zu Konto 1200 31001 auf Kürzung um CHF 10'000.--:

Für den Antrag der GPK stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 24 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 1200 31001, Stadtkanzlei, Archiv, Kommunikation, Drucksachen, Fachliteratur, wird somit um CHF 10'000.- gekürzt.

Abstimmung

über den Antrag der GPK zu Konto 1600 30102 auf Kürzung um CHF 8'000.--:

Für den Antrag der GPK stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 24 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 1600 30102, Kultur, Löhne Nebenämter/Aushilfen, wird somit um CHF 8'000.-- gekürzt.

2. Finanzdepartement (S. 22 - 27)

Roland Neuner: "Durch die Reorganisation von 6 auf 5 Departemente, welche ab 1.1.2005 ihre Funktion aufnehmen, und was einen völlig neuen Kontenplan zur Folge hat, macht es für die GPK fast unmöglich, das Budget mit dem Vorjahresbudget 2004 oder mit früheren Jahren zu vergleichen. Deshalb erforderte das neue Budget 2005 für die Mitglieder der GPK einen erheblichen Mehraufwand. Bei den vielen Kostenstellen in allen Departementen verlangen wir in Zukunft bei der Budgetierung von Detailpositionen wie Verschiedenes, Spesen, Aushilfen, div. Beratungen, div. Beiträge, div. Expertisen, Projekte, Drucksachen usw. mehr Transparenz und Detailbegründungen von den jeweiligen Departementschefs. Zu Konto 2130 40002, Steuern, Einkommenssteuern Natürliche Personen: Auch die SVP-Fraktion ist für einen Steuerfuss von 70 % sowie einen Rabatt von 2 % auch für das Jahr 2005. Bei Konto 2130, 40300, Steuern, Grundstückgewinnsteuern, unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag der GPK für eine Erhöhung von CHF 3 auf CHF 4 Mio."

Alice Landtwing hat im Namen der FDP- Fraktion folgende Fragen zu Konto 2110 32900, Zinsen: Steuerskonti, Vergütungszinsen im Betrag von CHF 1 Mio.: "Wie ist die detaillierte Zusammensetzung und wie hoch ist der Prozentsatz der Verzinsung? Wie hoch ist der Betrag, welcher à konto Steueranzahlungen der Grundstückgewinnsteuer geht? Und wie lang ist die durchschnittliche Veranlagungsdauer bei der Grundstückgewinnsteuer bis zur definitiven Abrechnung?"

Stadtrat Hans Christen: Beim Konto 2110 32900, Zinsen, Steuerskonti, Vergütungszinsen, handelt es sich um Erfahrungszahlen. Budgetiert wurden CHF 750'000.-- Skonti und CHF 225'000.-- Zins auf Rückerstattungen. Das Skonto beträgt 2 %, der Zins auf Rückerstattungen 2,5 %. Der Betrag à conto Steueranzahlungen bei der Grundstückgewinnsteuer beträgt per heute rund CHF 3 Mio. Die Einschätzungen aus früheren Jahren sollen noch dieses Jahr aufgearbeitet werden. Die Budgetierung von CHF 3 Mio. ist sehr seriös. Die durchschnittliche Veranlagungsdauer bei der Grundstücksgewinnsteuer dauert bis zur definitiven Abrechnung zirka sechs Monate.

Ratspräsident Werner Golder informiert über die zur Diskussion stehenden Anträge der GPK Seite 23:

- Konto 2130 40002, Steuern, Einkommenssteuern Natürliche Personen: Hier ist eine Kürzung von CHF 2 Mio. vorzunehmen, wenn der Steuerrabatt von 2 % beschlossen wird.
- Konto 2130 40300, Steuern, Grundstückgewinnsteuern: Die GPK beantragt eine Erhöhung um CHF 1 Mio. auf CHF 4 Mio.
- Konto 2200 31807, Immobilien allgemein, Beratungen und Expertisen: Die GPK beantragt eine Kürzung von CHF 35'000.--. Dieser Kürzung stimmt der Stadtrat zu.
- Konto 2210 31600, Liegenschaften Finanzvermögen, Miet- und Pachtzinse: Die GPK beantragt, diesen Betrag vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen zu verschieben. Der Stadtrat stimmt diesem Antrag ebenfalls zu.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 2130 40300, Steuern, Grundstückgewinnsteuern, um CHF 1 Mio. auf CHF 4 Mio. zu erhöhen:

Für den Antrag der GPK stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 24 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, dem Antrag der GPK zugestimmt und Konto 2130 40300, Steuern, Grundstückgewinnsteuern, um CHF 1 Mio. auf CHF 4 Mio. erhöht hat.

Urs E. Meier: Die städtischen Liegenschaften sollen besser bewirtschaftet werden. Der budgetierte Aufwand unter Konto 2200 31807, Immobilien allgemein, Beratungen und Expertisen, hat genau dies zum Ziel. Der Aufbau der Immobilienbewirtschaftung hat laut Auskunft der Stadtverwaltung mit den notwendigen Bestandesaufnahmen, Machbarkeits- und Nutzungsstudien usw. zu Beginn einen erhöhten Aufwand zur Folge. In den Folgejahren müsste und wird dieser Aufwand wieder erheblich sinken. Es scheint nicht klug zu sein, schon beim Start auf die Bremse zu treten. Aus diesem Grund beantragt der Sprechende, bei diesem Konto keine Kürzung vorzunehmen.

Ivo Romer, Präsident GPK: Die GPK hat diese Kürzung beschlossen. In der Investitionsrechnung sind auch Nutzungsstudien von städtischen Liegenschaften geplant. Daher hat die Verwaltung dem Kürzungsantrag der GPK zugestimmt.

Abstimmung

über den Antrag Urs E. Meier, Konto 2200 31807, Immobilien allgemein, Beratungen und Expertisen, nicht zu kürzen:

Für den Antrag Urs E. Meier stimmen 8 Ratsmitglieder, für den Antrag der GPK für Kürzung stimmen 23 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 23:8 Stimmen den Antrag von Urs E. Meier abgelehnt und somit die Kürzung gemäss GPK im Betrag von CHF 35'000.-- gutgeheissen hat.

Ratspräsident Werner Golder: Seite 24 wirkt sich bei Konto 2220 31600, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, Miet- und Pachtzinse, die Verschiebung vom Finanzvermögen von CHF 86'900.-- aus. Eine Abstimmung erübrigt sich hier.

Zu Seite 26 liegen folgende Anträge der GPK vor:

- Konto 2800 36523.05, Stadtmarketing, Seefest, sei von CHF 75'000.- auf CHF 50'000.- zulasten der internen Verrechnung zu kürzen. Der Stadtrat ist mit diesem Antrag einverstanden.
- Konto 2800 36523.13, Stadtmarketing, Veloverleih: Die GPK beantragt die Streichung des Betrages von CHF 30'000.--.

Martina Arnold spricht zu Konto 2800 36523.13, Stadtmarketing, Veloverleih: "Die GPK möchte dieses Konto von CHF 30'000.-- ersatzlos streichen. Ich bitte Sie, das nicht zu tun und den Vorschlag des Stadtrates zu genehmigen. Wie wir alle wissen, ist der Veloverleih für unsere Stadt und für den Zuger Tourismus ein wichtiges, attraktives und erfolgreiches Angebot. Diese Dienstleistung soll deshalb auch im 2005 weitergeführt werden. 45 % der anfallenden Kosten werden durch private Sponsoren finanziert. Da der Zuger Veloverleih von der GGZ geführt wird, ist er zudem ein sinnvolles Beschäftigungsprojekt für 6 - 8 stellenlose Sozialhilfeempfänger. Lassen wir dieses Projekt also nicht an den Finanzen scheitern. Übrigens waren im Voranschlag 2002 CHF 80'000.-- für den Veloverleih budgetiert, im 2003 und 2004 waren es je CHF 65'000.-- und jetzt, für das 2005 sind es nur noch CHF 30'000.--. Seien wir also nicht kleinlich und sagen Ja zu diesem Betrag.

Zu Konto 2820 36520.12, Kinder- und Jugendbetreuung, Verein Zuger Jugendtreffpunkte: "CHF 566'000.-- sind dafür budgetiert, eine stolze Summe. Vergleicht man den Betrag mit den Beiträgen der letzten Jahre, sieht man, dass diese von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Im Jahr 2002 waren es CHF 550'000.--, im 2003 waren es CHF 555'000.--, im 2004 waren es CHF 560'000.-- und im 2005 sollen es CHF 566'000.-- sein. Währenddem das gerade darunter liegende Konto "Spielgruppen" seit eh und je ganze CHF 16'000.-- beträgt. Nun, der Verein Zuger Jugendtreffpunkte ist eine gute Sache. Er leistet vielfältige offene Jugendarbeit. Dennoch sollten seine verschiedenen Tätigkeiten wie z.B. die soziokulturelle Animation immer wieder nach Kosten und Nutzen hinterfragt werden. Vor allem im Hinblick auf den Kanton, der künftig seine Beiträge an die Zuger Jugendzentren kürzen oder gar streichen will. Die Stadt Zug kann und soll den ausfallenden Kantonsbeitrag nicht auch noch bezahlen. Und vergessen wir nicht, dass es neben diesem Verein ZJT noch einige andere sinnvolle Jugendorganisationen gibt (z.B. Pfadi, Blauring, Jugendsportvereine usw.), welche hauptsächlich auf unbezahlter Freiwilligenarbeit beruhen."

Astrid Estermann: "An der Sitzung vom 28. September 2004 haben wir im Grossen Gemeinderat unsere Vorstellungen diskutiert, wie, an welchem Standort und unter welcher Federführung der Veloverleih in Zukunft zu betreiben sei. Einige von Ihnen haben eine Vorlage vom Stadtrat gefordert, in welchem unsere Anliegen und Bedenken aufgenommen und weiterverfolgt werden. Nun stellt die GPK den Antrag, den Veloverleih ganz aus dem Budget zu streichen. Ich bin der Meinung, dass uns die Zukunft des Velo-

verleihs weiterhin wichtig sein soll und stelle deshalb den Antrag, den Aufwand von CHF 30'000.-- für den Veloverleih Zug mit einem Stern zu versehen und den Stadtrat damit zu beauftragen, nun endlich eine Vorlage zu bringen."

Ivo Romer, Präsident GPK: Die Sterndiskussion bezüglich Veloverleih hat auch die GPK geführt. Dem Stadtrat ist es unbenommen, ungefragt hiezu eine Vorlage vorzulegen. Der Stadtrat ist aus Kompetenzgründen auch in der Lage, einen etwas höheren Betrag zu sprechen.

Jürg Messmer zu Konto 2800 36523.13 Stadtmarketing, Veloverleih Zug: "Schon des Öfteren wurde darüber diskutiert. Der Auftrag an Stadtrat Andreas Bossard war klar: Wir wollen einen Veloverleih mit einer Gebühr. Stadtrat Bossard hat den Auftrag erhalten, dies zu klären. Offenbar konnte bis heute kein gemeinsamer Nenner mit der GGZ gefunden werden. Daher ersuche ich Sie, den Antrag der GPK zu unterstützen, den Veloverleih aus dem Budget ersatzlos zu streichen und dieses Thema als erledigt zu betrachten."

Stadtrat Andreas Bossard: Der Veloverleih ist seit Jahren ein Politikum. Der Stadtrat ist bereit, hierfür eine Vorlage vorzulegen. Zug Tourismus unterstützt dieses Bedürfnis. Sponsoren sind vorhanden, die Unterstützung der GGZ ist gewährleistet. Zurzeit wird eine Gebühr ausgehandelt. Aus diesem Grund sind auch die Kosten von CHF 80'000.-- auf CHF 30'000.-- gesunken. Auch wenn diese Kosten in der Kompetenz des Stadtrates liegen, wird dazu eine Vorlage präsentiert werden, damit der GGR die Möglichkeit hat, darüber zu debattieren.

Roland Neuner zu Konto 2800 36523.13, Stadtmarketing, Veloverleih Zug: "Dieses Konto ist ersatzlos zu streichen, handelt es sich doch um keine Kernaufgabe der Stadt Zug, einen Veloverleih zu betreiben. Mit dem Veloverleih ist es wie mit einem Kaugummi: wenn man ihn zum dritten oder vierten Mal wiederkaut, wird er immer geschmackloser, sodass er endlich entsorgt werden soll. Tatsache ist, dass der GGR am 12. März 2002 nur einen Überbrückungsbetrag von CHF 25'000.-- gesprochen und diesen später mit einem Stern versehen hat. Die Zusicherung und Versprechung des Stadtrates, dass der Veloverleih maximal bis zur Inbetriebnahme des neuen Bahnhofes weitergeführt werde, wurde offenbar verschlafen. Der neue Bahnhof ist bereits seit mehr als einem Jahr in Betrieb. Der Beschluss des Grossen Gemeinderates Nr. 1285 ist somit nicht erfüllt, aber abgeschlossen. Tatsache ist auch, dass der Stadtrat die vom GGR gestellte Aufgabe, den Veloverleih mit der SBB ohne Kostenfolge für die Stadt Zug zu regeln, nicht erfüllt hat. Auch dieser Termin wurde verpasst. Schon im Budget 2004 haben wir den Antrag gestellt, das damalige Konto 293 365.13 ersatzlos zu streichen. Nachträglich wurde das Konto mit einem Stern versehen. Nun hat der Stadtrat in seiner ihm zustehenden finanziellen Kompetenz mit einem Schildbürgerstreich zusammen mit der GGZ dem Veloverleih CHF 30'000.-- bezahlt. Somit hat der Stadtrat den GGR wissentlich übergangen. Zudem verschandelt der Bus auf dem Bundesplatz diese Gegend und somit auch das Stadtbild. Der Veloverleih muss künftig kostenneutral sein und so betrieben werden,

dass beispielsweise Arbeitslose einen Job finden, wo sie etwas verdienen können. Ob dies mit GGZ oder Zug Tourismus geschieht, ist unerheblich. Der Antrag der SVP-Fraktion lautet wie folgt: Die SVP-Fraktion stellt gemäss GPK den Antrag, der Veloverleih, Kostenstelle 2800 36523.13 sei ersatzlos aus dem Budget zu streichen."

Renatus Wendel zu Konto 2800 36523.13 Stadtmarketing, Veloverleih Zug: "Vor einem Jahr wurde hier im Saal über eine Velostation am Bahnhof diskutiert. Wohl mit dem Bekenntnis des Parlaments eine Velostation einrichten zu wollen, wurde dem Stadtrat der Auftrag gegeben, eine bessere Variante neu auszuarbeiten. Das Resultat kennen wir alle: nach dieser Investition von Zeit und Geld seitens des Stadtrates und seiner Mitarbeiter wurde die Velostation ganz verworfen. Und nun soll auch noch der Veloverleih verschwinden? Dies wäre in der Tat ein unmissverständliches Zeichen, welcher Wertemasstab hier gilt. Ich bin nicht bereit die mehrfach kommunizierte Wertschöpfung des Veloverleihs hier zu wiederholen. Wer diese bisher nicht mitbekommen hat, will es schlicht nicht mitbekommen. Und wo kein Wille ist, ist bekanntlich kein Weg. Mir geht es in meinem Votum um eine grundsätzliche Haltung, die ich anprangere. So gibt es angeblich Leute, die in wirtschaftlich härteren Zeiten beflissen sind, Sparwillen vorzutäuschen, indem Sie eine Reihen von Kleinstausgaben zusammenstreichen wollen, die dann später wahrscheinlich in eine möglichst lange Liste für getätigte Sparbemühungen Aufnahme finden, und verantwortliches Politisieren dokumentieren sollten. Dort wo es aber ans eigene Portemonnaie geht, ist's vorbei mit dem Sparen und wo eigene Unannehmlichkeiten drohen oder persönliche Annehmlichkeiten winken, wird mit der grossen Kelle angerichtet. Wo mündet diese Haltung, wenn einmal der Gürtel noch enger geschnallt werden muss? Es ist nicht meine Absicht, persönlich zu werden, obwohl ich weiss, dass die grössten Dilettanten oft nichts von ihrem Unvermögen realisieren. Stattdessen leiste ich es mir hier, Ihnen eine Minute der Besinnung einzuräumen, eine Minute, wo wir einen kleinen unvollständigen Überblick zu unseren Taten bekommen, ohne jeden Kommentar und jedwelche Interpretation. Die überlasse ich ganz Ihnen. Die Idee der SP ist es, den Veloverleih weiterzuführen und den Bus bunt und farbig von einigen Schülern bemalen zu lassen."

Abstimmung

über den Antrag Astrid Estermann namens der Alternativen Fraktion, Konto 2800 36523.01 zu belassen und mit einem Stern zu versehen:

Für den Antrag stimmen 15 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 19 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 19:15 Stimmen den Antrag Astrid Estermann namens der Alternativen Fraktion abgelehnt hat.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, den Betrag von CHF 30'000.-- in Konto 2800 36523.01 ersatzlos zu streichen.

Für den Antrag der GPK stimmen 19 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 15 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 19:15 Stimmen den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Der Budgetbetrag von CHF 30'000.-- in Konto 2800 36523.01, Stadtmarketing, Veloverleih wird somit ersatzlos gestrichen.

Ernst Merz spricht zu Konto 2800 36523.06, Stadtmarketing, Bundesfeier: Wie hoch war das Honorar für die beiden Redner aus dem Kanton Bern anlässlich der Bundesfeier am 1. August 2004? Nachdem der Sprechende überzeugt ist, hier in Zug genügend geeignete Personen im Stadtrat und Grossen Gemeinderat für diese Aufgabe zu haben, beantragt er, die Budgetposition um das Honorar der beiden Redner zu kürzen.

Stadtrat Hans Christen: Diese Frage wird bei der Behandlung der Jahresrechnung 2004 beantwortet werden. Heute geht es um die Budget- und nicht um die Rechnungsdebatte.

Dominik Schwerzmann erkundigt sich, ob es sich beim Antrag von Ernst Merz nicht um ein abstimmungswürdiges Anliegen handelt.

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass es sich hier nicht um einen genau definierten Antrag handelt und daher auch nicht darüber abgestimmt werden kann.

Ernst Merz präzisiert seinen Antrag zu Konto 2800 36523.06, Stadtmarketing, Bundesfeier insofern, dass diese Position um CHF 5'000.-- zu kürzen sei.

Stadtrat Hans Christen: Die Stadt Zug bezahlt Zug Tourismus CHF 15'000.-- pauschal an die Bundesfeier.

Ivo Romer, Präsident GPK: Offenbar möchte Gemeinderat Ernst Merz den Budgetposten Konto 2800 36523.06, Stadtmarketing, Bundesfeier, um CHF 5'000.-- auf CHF 10'000.-- kürzen. Der Sprechende ersucht nun, darüber abzustimmen.

Abstimmung

über den Antrag von Ernst Merz, Konto 2800 36523.06, Stadtmarketing, Bundesfeier, um CHF 5'000.-- auf CHF 10'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag Ernst Merz stimmen 9 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 24:9 Stimmen den Antrag von Ernst Merz zu Konto 2800 36523.06 abgelehnt hat.

Ratspräsident Werner Golder: Zu Seite 27 liegen seitens der GPK folgende Änderungsanträge vor:

- Konto 2840 36520.22, Soziale Institutionen, Soziale Integration, sei um CHF 15'000.-- zu kürzen
- Konto 2870 36590, Hilfeleistungen, Hilfeleistungen Inland, sei um CHF 25'000.-- zu kürzen
- Konto 2870 367595, Hilfeleistungen, Beiträge aus Rückstellungen, sei um CHF 50'000.-- zu kürzen
- Konto 2870 36790, Hilfeleistungen, Hilfsaktionen Ausland, sei um CHF 25'000.-- zu kürzen

Martina Arnold spricht zu Kostenstelle 2870, Hilfeleistungen: "Die GPK beantragt hier, alle drei Konten zu kürzen und zwar zur Schonung des Spezialfonds. Wie Sie wissen, ist es eine langjährige Tradition, dass unsere Stadt alljährlich einen gewissen Betrag für Hilfeleistungen im In- und Ausland budgetiert; eine sinnvolle solidarische Geste gegenüber anderen Gemeinden, denen es nicht so gut geht. Seit Jahren werden für diverse Hilfsaktionen im In- und Ausland je CHF 75'000.-- budgetiert. Diese Beträge sollen jetzt um einen Drittel gekürzt werden, wohl aus Furcht vor den Folgen des NFA und des ZFA und aus Angst, in Zug seien die fetten Jahre endgültig vorbei und wir könnten jetzt nicht mehr so grosszügig sein, vor allem anderen gegenüber. Sparen ist angesagt und das ist gut so. Dass deswegen aber diese sinnvollen zur Tradition gewordenen Hilfeleistungen massiv verkleinert werden sollten, wäre sehr, sehr schade. Solange wir uns für Weihnachten noch so grosse Unterhaltskosten für unsere Weihnachtsbeleuchtung leisten, sollte ein kleines Weihnachtsgeschenk für eine viel ärmere Gemeinde auch noch Platz haben. Ich bitte Sie deshalb, dem Stadtratsvorschlag zuzustimmen, damit Patrick Steinles Weihnachtsgeschichte, welche genau vor einer Woche im Standpunkt der neuen Zuger Zeitung zu lesen war, Wirklichkeit werden kann."

Patrick Steinle spricht zu Kostenstelle 2870 Hilfeleistungen: "Ich will Ihnen hier keine Märchen auftischen, sondern Sie dazu auffordern, mutiger zu sein als die GPK und diesen Kürzungen, die einer Streckung der Reserven dienen, nicht zuzustimmen. Tun Sie es nicht, denn damit senden wir im falschen Moment das falsche Signal. Einerseits signalisieren wir hoffentlich unnötigen Pessimismus was die längerfristige finanzielle Entwicklung der Stadt Zug und damit die Möglichkeit zur Alimentierung des Fonds anbetrifft. Andererseits, wenn dennoch eine solche Entwicklung eintreten sollte, können wir mit einer Weiterführung der Hilfeleistungen beweisen, dass wir unter Solidarität mehr verstehen als ein paar Brotkrümel vom reich gedeckten Tisch fallen zu lassen. Es gilt, auch in schwierigeren Zeiten die Augen nicht vor der Not anderer verschliessen. Meine Damen und Herren, solche gelebte Solidarität ist nicht nur gut fürs Gemüt, sondern liegt durchaus in unserem eigenen Interesse. Bis vor ein paar Wochen hätte ich hier gesagt, wir könnten ja durchaus einmal in die Situation geraten, wo wir selber auf freundeidgenössische Unterstützung angewiesen sind. Inzwischen ist diese Situation eingetreten, zumindest in der Einschätzung der NFA-Gegner. Diese hatten ja nicht nur wegen den etwa CHF 120 Millionen Transferleistung, sondern wegen der Fremdbestimmung, der

Gefahr von immer weitergehenden Forderungen, die Werbetrommel gegen den Finanzausgleich gerührt. Jetzt, wo der NFA angenommen worden ist, sind wir dementsprechend auf Goodwill angewiesen. Mit freiwillig geleisteten Beiträgen an bedürftige Gemeinden und Institutionen in der Schweiz und im Ausland wird es uns viel eher gelingen, Aussenstehende davon zu überzeugen, dass wir nicht einfach von ihrem Steuersubstrat schmarnetzen, sondern dass zwischen Zug und dem Rest der Schweiz ein symbiotisches Verhältnis möglich und für alle nützlich ist, ein gegenseitiges Geben und Nehmen, das zu einer Win-Win-Situation führt. Meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht, wir sind nicht als Wirtschaftsprüfer oder Buchhalter hier, sondern als Politiker. Und als solche müssen wir auch handeln, indem wir eben nicht nur die kurzfristigen finanziellen Aspekte berücksichtigen und Milchbüchlein-Rechnungen durchführen, sondern indem wir auch die sogenannten soft factors, Humankapital, goodwill und Stimmung berücksichtigen. In diesem Sinne scheint es mir schon aus purem Eigeninteresse geraten, im Moment kein negatives Signal zu senden und die Hilfeleistungen nicht zu kürzen."

Roland Neuner äussert sich zu Konto 2870, Hilfeleistungen: "Die Inlandhilfe haben wir früher freiwillig mit dem Überschuss bezahlt. Heute müssen wir sie mit dem NFA bezahlen. Mit den CHF 120 Mio. aus dem NFA helfen wir bereits anderen Kantonen. Wenn wir schon den Betrag für die Hilfsaktionen im Inland kürzen, müssen wir auch den gleichen Betrag auch bei der Auslandhilfe kürzen."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger hat in den letzten zehn Jahren diese Kostenstelle zusammen mit dem Finanzdepartement betreut. Wenn jemals dem GGR über die Mittelverwendung Auskunft gegeben wurde, wurde dem Stadtrat eine ausserordentlich sorgsame Bewirtschaftung dieser Gelder zugestanden. Es ist auch heute so, dass dies eine Entnahme aus früher gesprochenen Rückstellungen darstellt. Dieses Jahr konnte keine Entnahme gesprochen werden, weil im 2003 kein Überschuss erreicht werden konnte. Wenn im Jahr 2005 immer noch über früher gesprochene Gelder verfügt werden kann, müsste dieser Rat sich an seine früher gemachten Komplimente bezüglich sorgsamem Umgang mit diesen Mitteln erinnern. Der Vergleich der direkten Abhängigkeit von NFA und dieser Mittelverwendung geht nicht auf, geht es doch um ganz andere Bezüger und völlig andere Beträge. Wenn die Stadt Zug ein nächstes Mal einen Überschuss ausweist, wird die Inland- und Auslandhilfe wieder zur Debatte stehen und diskutiert werden können. Aus dem bestehenden Topf Ausgabenplanungen zu streichen, erachtet der Sprechende aber als wenig sinnvoll und ersucht daher, die Beiträge gemäss gedrucktem Voranschlag 2005 zu belassen.

Ivo Romer, Präsident GPK: Die Rückstellungen belaufen sich zurzeit auf CHF 1,1 Mio. Davon müssen noch CHF 400'000.-- abgerechnet werden, sodass noch CHF 700'000.-- verbleiben. Gemäss Antrag der GPK reichen daher die Rückstellungen genau für zwei Jahre aus.

Monika Mathers: "Sollen wir wirklich die Hilfsaktionen im In- und Ausland um je einen Drittel kürzen? Ich habe Verständnis, wenn die GPK nur einen Tag nach der NFA-Abstimmung eine Reduktion für Inlandprojekte forderte. Doch jetzt haben wir wieder einen kühlen Kopf und wissen auch, dass wir auch nach Einführung des NFA immer noch mit Abstand das höchste Pro-Kopf-Einkommen in der Schweiz haben. Die Hilfsgelder der Stadt gehen aber sowieso an Gemeinden und Projekte, die aus dem NFA-Segen herausfallen. Noch kurz etwas in eigener Sache: Laut GPK Bericht wurde diese Kürzung einstimmig vorgenommen, laut meinen Notizen habe ich dagegen gestimmt. Alles ging sehr schnell und ich weiss nicht, wie das Missverständnis entstanden ist. Ja, wir sind etwas weniger reich als auch schon. Aber wissen wir, was richtige Armut ist? Haben Sie gewusst, dass Petflaschen auch Schuhe sind? Damit möchte ich einfach sagen, dass ich keinen, aber absolut wirklich keinen Grund sehe, die Hilfeleistungen fürs Ausland zu kürzen. Ja, internationale Hilfe ist Bundesangelegenheit, doch für mich heisst das auch: wegschauen und keine Verantwortung übernehmen zu wollen. Zur globalen Welt gehört eben auch das Hinsehen, das Mitdenken und Mithelfen. Der Bund soll zahlen und Zug soll daneben noch sein Scherfchen beitragen. Es ist bald Weihnachten. Sicher erzählen Sie ihren Kindern die Geschichte von der armen Familie, die aus allen Herbergen gewiesen wurden und vom Kind, das im Stall geboren wurde. Ich möchte nicht zu den herzlosen Wirten gehören und bitte Sie darum, die Hilfeleistungen fürs In' und Ausland auf dem heutigen Stand von je CHF 75'000.-- zu belassen."

Ernst Merz erinnert sich, wie die SP und Alternativen vor der NFA von Solidarität gesprochen haben. "Solidarität fängt bei sich selbst an. Warum machen Sie Ihr Portemonnaie nicht auf und wälzen das immer auf den Steuerzahler ab? Ich unterstütze den Antrag der GPK für die Kürzung um CHF "100'000.--."

Martin Spillmann: "Heute sprechen wir bereits über eine Viertelstunde um CHF 25'000.--. Das steht diesem Rat nicht an, auch wenn wir Sparwillen zeigen wollen. Also sprechen Sie diese CHF 25'000.--. Es ist gut, wenn die GPK sparen will. Bei dieser Position machen wir aber kein Geschäft. Schlussendlich schadet uns dies am Schluss mehr als die Sprechung dieser CHF 25'000.--."

Stadtrat Andreas Bossard spricht zu Konto 2840 36520.22, Soziale Institutionen, Soziale Integration: Nachdem diese Position bereits letztes Jahr von CHF 80'000.-- auf CHF 65'000.-- gekürzt wurde, steht nun ein weiterer Kürzungsantrag um CHF 15'000.-- zur Diskussion. Der Stadtrat hat in seinen Legislaturzielen 2003 - 2006 die Förderung der sozialen Integration als wichtiges Ziel formuliert. Namens des Stadtrates ersucht daher der Sprechende, den budgetierten Betrag nicht nochmals zu kürzen."

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 2840 36520.22, Soziale Institutionen, Soziale Integration, um CHF 15'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 17 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 14 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 17:14 Stimmen den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 2840 36520.22, Soziale Institutionen, Soziale Integration, wird somit um CHF 15'000.-- gekürzt.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 2870 36590, Hilfeleistungen, Hilfsaktionen Inland, um CHF 25'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 15 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 19 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 19:15 Stimmen den Antrag der GPK zu Konto 2870 36590, Hilfeleistungen, Hilfsaktionen Inland, abgelehnt hat.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 2870 36595, Hilfeleistungen, Beiträge aus Rückstellungen, um CHF 50'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 15 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 19 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 19:15 Stimmen den Antrag der GPK zu Konto 2870 36595, Hilfeleistungen, Beiträge aus Rückstellungen, abgelehnt hat.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 2870 36790, Hilfeleistungen, Hilfsaktionen Ausland, um CHF 25'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 15 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 20 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 20:15 Stimmen den Antrag der GPK zu Konto 2870 36790, Hilfeleistungen, Hilfsaktionen Ausland, abgelehnt hat.

3. Bildungsdepartement (S. 28 - 35)

Ratspräsident Werner Golder: Seite 28 und 29 liegen folgende Anträge der GPK vor:

- Konto 3050 30203, Rektorat, Schuladministration, Sonderentschädigungen, sei um CHF 5'000.-- zu kürzen.
- Konto 3050 30901, Rektorat, Schuladministration, Fachausbildung, sei um CHF 5'000.-- zu kürzen.
- Konto 3200 31702, Primarschule, Veranstaltungen/Exkursionen, sei um CHF 7'000.-- zu kürzen.

Stadträtin Vreni Wicky spricht zu Konto 3050 30901: Rektorat, Schuladministration, Fachausbildung: Heute ist noch nicht ersichtlich, wie viele Lehrpersonen für den Englischunterricht nötig sind und wie viele Lehrpersonen nächsten Sommer für das neue Schuljahr die entsprechende Ausbildung in Angriff nehmen werden. Falls mehr Lehrpersonen für dieses Fach nötig sind, wird somit eine Überschreitung dieses Kontos die Folge sein.

Patrick Steinle: "Ich spreche zu Konto 3200 43'602, Primarschule, Elternbeitrag Lager, da es das erste einer langen Reihe von Konten ist, bei denen auf der Ertragsseite zum Teil massive Mehreinnahmen durch Gebührenerhöhungen ab dem kommenden Schuljahr budgetiert sind. Die Konten sind jeweils einfach zu erkennen an der Bemerkung „Erhöhung Elternbeiträge ab August 2005“, nämlich:

Kostenstelle 3200, Konto 43602

Kostenstelle 3300, Konten 43304 und 43602

Kostenstelle 3400 und 3700, Konto 43602

Kostenstelle 3500, Konto 31300

Kostenstelle 3800, Konto 43301

Kostenstelle 3850, Konto 43300 und 43305

Ich hoffe, Sie gestatten mir, dass ich gleich zu all diesen Konten spreche. Ich befürchte, dass wir mit einer Zustimmung zu diesen Budgetpositionen implizit massiven Gebührenerhöhungen im Bereich der schulergänzenden Betreuung zustimmen. Die budgetierten Erhöhungen sind nämlich deutlich grösser als dies auf den ersten Blick scheint. Ich rechne Ihnen dies am Beispiel der Elternbeiträge an die Tagesschule vor. Das ist Kostenstelle 3300, Konto 43'304. Im Vorjahr waren Einkünfte von CHF 225'000.-- budgetiert, bei 39 Schulwochen also etwa CHF 5'800.-- pro Woche. Im Jahr 2005 sind es bis zu den Sommerferien 23 Wochen ohne Gebührenerhöhung. Dies ergibt Einkünfte von ca. CHF 133'000.--. In den verbleibenden 16 Schulwochen bis Weihnachten müssen also zur Erreichung des Budgetziels von CHF 295'000.-- noch CHF 162'000.-- eingenommen werden, wöchentlich also CHF 10'100.--. Das entspricht einer Erhöhung der Elternbeiträge um durchschnittlich 76%. Wohl gemerkt, durchschnittlich 76%. Da die Tarife abgestuft, bis maximal kostendeckend erhoben werden, werden viele Besserverdienende bereits bei geringerer Erhöhung an der kostendeckenden Obergrenze anstossen. Um für weniger betuchte Eltern die Beiträge noch bezahlbar zu halten, wird es eine überproportionale Beitragserhöhung für mittelständische Eltern geben, die zumindest mit einer Verdoppelung rechnen müssten. Hier und jetzt ist wohl nicht der richtige Ort und Zeitpunkt, um detailliert über Gebührenerhöhungen im schulergänzenden Bereich zu debattieren. Ich habe das ungute Gefühl, dass wir bei Zustimmung zu diesen Budgetpositionen einerseits die Katze im Sack kaufen, da wir nicht wissen, wie diese Tarife ausgestaltet werden, andererseits legen wir uns implizit auf massive Erhöhungen fest und schränken so unsere Handlungsfreiheit unnötig ein. Ich möchte den Antrag stellen, bei den Erträgen der eingangs erwähnten Konten sei von den derzeit geltenden Tarifen auszugehen und das Budget entsprechend zu korrigieren. Ich danke für Ihre Unterstützung."

Ivo Romer, Präsident GPK: Dieses Thema wurde auch in der GPK diskutiert. Da bekanntlich die Tarifmodellierung der städtischen Beiträge in nächster Zeit dem GGR unterbreitet wird, hat die GPK davon abgesehen, sich zu diesen Positionen zu äussern. Wenn es dem Rat helfen sollte, können aber alle diese Positionen mit einem Stern versehen werden.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass sowohl der Stadtrat wie auch der Antragsteller Patrick Steinle mit dem Vorschlag des GPK-Präsidenten einverstanden sind. Somit werden alle diese Positionen mit einem Stern versehen.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 3050 30203, Rektorat, Schuladministration, Sonderentschädigungen, sei um CHF 5'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 21 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 21 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 3050 30203, Rektorat, Schuladministration, Sonderentschädigungen, wird somit um CHF 5'000.-- gekürzt.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 3050 30901, Rektorat, Schuladministration, Fachausbildung, sei um CHF 5'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 21 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 21 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 3050 30901, Rektorat, Schuladministration, Fachausbildung, wird somit um CHF 5'000.-- gekürzt.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 3200 31705, Primarschule, Schullager, sei um CHF 7'000.-- zu kürzen.

Für den Antrag der GPK stimmen 20 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 20 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 3200 31705, Primarschule, Schullager, wird somit um CHF 7'000.-- gekürzt.

Ratspräsident Werner Golder: Seite 33 liegt folgender Antrag der GPK vor:

- Konto 3800 30901, Kinder, Jugend, Familie, Fachausbildung, sei um CHF 10'000.-- zu kürzen.

Stadträtin Vreni Wicky spricht zu Konto 3800 30901, Kinder, Jugend, Familie, Fachausbildung, und ersucht, diese Kürzung nicht gutzuheissen. In diesem neuen Amt arbeiten mehr als 20 Personen. Zudem laufen sämtliche Mittagstische über dieses Konto. Die stadträtliche Sprecherin ist überzeugt, dass der budgetierte Betrag für die Fachausbildung in einem neuen Amt mit über 20 Mitarbeitenden nicht zu hoch angesetzt ist.

Barbara Stäheli äussert sich zu Konto 3800 30901, Kinder, Jugend, Familie, Fachausbildung: "Dem GPK-Bericht ist zu entnehmen, dass sie die CHF 10'000.-- gestrichen hat, weil eine Angst vor „Überprofessionalisierung“ beim Mittagstisch besteht. Teilen sie diese Angst vor Kompetenz, meine Damen und Herren? Wenn ja, warum? Kann man bei der Betreuung und Erziehung überhaupt überprofessionalisieren? Oder fürchtet man sich einmal mehr bloss vor überproportional hohen Kosten? Würden beispielsweise drei ausgebildete Kleinkindererzieherinnen, ausgebildete Hortleiterinnen, Lehrpersonen, Pädagogikprofessorinnen oder Kindergärtnerinnen den Mittagstisch betreuen, könnte wahrlich von einem echten Kompetenz-Schnäppchen gesprochen werden, da gemäss der Entschädigungs-Verordnung der Stadt alle Betreuerinnen mit CHF 33.50 pro Stunde entlohnt werden, dies unabhängig von der Ausbildung. Aber braucht es denn überhaupt spezielle Kenntnisse um einen Mittagstisch zu betreuen? Jede Mutter – warum nicht auch jeder Vater- könne dieses Amt ohne Probleme übernehmen, wird oft argumentiert. Hier tut eine differenzierte Betrachtung Not. Einen schulischen Mittagstisch zu betreuen, ist nicht vergleichbar mit dem Mittagstisch zu Hause, auch wenn nebst den eigenen Kindern noch vier „Gspänli“ am gleichen Tisch sitzen. Beim betreuten Mittagstisch sind es unbekannte Kinder mit unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Wertmassstäben und unterschiedlicher Frustrationstoleranz. Nicht alle Kinder sind pflegeleicht und wohlerzogen! Die Betreuerinnen werden dadurch gefordert. Adäquates, differenziertes und überlegtes Handeln wird von ihnen erwartet. Ich bin sicher: jede Person, jede Mutter, die sich dieser Aufgabe stellt, möchte sie auch zur Zufriedenheit aller erfüllen. Weiterbildung als Unterstützung in schwierigen Situationen trägt viel zur Arbeitszufriedenheit und Qualität bei. Geben wir den Frauen und vielleicht auch Männern, die unsere Kinder betreuen, die Möglichkeit, sich durch Kurse weiterzubilden, damit sie z.B. einen Mittagstisch möglichst lange betreuen und für eine Konstanz in der Betreuung sorgen. Nebst einem warmen Mittagessen brauchen Kinder auch einen Ort, an dem sie sich wohl fühlen und wo sie gerne hingehen. Die Kinder haben es verdient, dass bei ihrer Betreuung nicht gespart wird und die CHF 20'000.-- im Budget belassen werden. Die SP unterstützt in diesem Sinn den Vorschlag des Stadtrates."

Martina Arnold spricht zu den Konti 3800 30105, Kind, Jugend, Familie, Mittagstisch, und 3800 31824, Kind, Jugend, Familie, Verpflegung der Kinder/Mittagstisch: "Zählt man die zwei Konten 30104, Mittagstisch, und 318214, Verpflegung/Mittagstisch, zusammen, ergibt sich die stolze Summe von CHF 410'000.--. Der Elternbeitrag ist mit

CHF 168'000.-- budgetiert. Das heisst: unsere Stadt bezahlt CHF 242'000.-- an diese Verpflegung. Muss der Mittagstisch die Stadt so teuer zu stehen kommen? Könnte diese sinnvolle und notwendige Institution nicht auch in einem einfacheren, bescheidenerem Rahmen durchgeführt werden, so wie es z.B. Walchwil unter dem Namen "Schulsuppe" während Jahren gemacht hat? Wir warten auf das längst versprochene neue Tarifsyste-

Ivo Romer, Präsident GPK: Mit der Kostenstelle 3800 besteht eine neue Abteilung Kind, Jugend, Familie. Die GPK hat einerseits den Beschluss gefasst, diese Abteilung grundsätzlich zu schaffen, andererseits bei gewissen Positionen zuerst eine Strategie abzuwarten, bevor über Ausbildung und Ähnliches diskutiert wird. Der Sprechende empfiehlt daher, der Kostenstelle 3800 gemäss Antrag der GPK zuzustimmen.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 3800 30901, Kind, Jugend, Familie, Fachausbildung, um CHF 10'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 23 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 23 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, dem Antrag der GPK zugestimmt hat. Konto 3800 30901, Kind, Jugend, Familie, Fachausbildung, wird somit um CHF 10'000.-- gekürzt.

Ratspräsident Werner Golder: Zu Seite 34 liegen folgende Anträge der GPK vor:

- Konto 3850 30010, Musikschule, Kommission, sei um CHF 15'000.-- zu kürzen
- Konto 3850 30203, Musikschule, Sonderentschädigungen, sei um CHF 10'000.-- zu kürzen. Diesem Kürzungsantrag stimmt der Stadtrat gemäss GPK-Bericht zu.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 3850 30010, Musikschule, Kommission, sei um CHF 15'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 25 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 25 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 3850 30010, Musikschule, Kommission, wird somit um CHF 15'000.-- gekürzt.

4. Baudepartement (S. 35 - 39)

Ratspräsident Werner Golder: Zu Seiten 36 und 37 liegen folgende Anträge der GPK vor:

- Konto 4100 30102, Stadtplanung, Löhne Nebenämter/Aushilfen, sei um CHF 20'000.-- zu kürzen.
- Konto 4100 31844, Stadtplanung, Erschliessung, sei um CHF 10'000.-- zu kürzen.
- Konto 4100 31846, Stadtplanung, Siedlung und Landschaft, sei um CHF 20'000.-- zu kürzen
- Konto 4200 31807, Städtebau inkl. Hochbau, Beratungen und Expertisen, sei um CHF 10'000.-- zu kürzen.
- Konto 4300 30010, Baubewilligungen, Kommissionen, sei um CHF 10'000.-- zu kürzen.

Urs E. Meier: "Dieser Rat und insbesondere seine Bau- und Planungskommission haben immer wieder Visionen und Planungen für zusammenhängende Stadtgebiete gefordert. Auch das Gebaren der Stadt im Zusammenhang mit Wettbewerben sei wesentlich zu verbessern. Anlässlich unserer letzten Sitzung haben wir im Hinblick auf das neue Eistadion einen positiven Vorgeschmack davon erhalten, was Stadtrat und Baudepartement darunter verstehen. Solche Forderungen haben andererseits und selbstverständlich ihren Preis. Ich bitte Sie, nicht aus lauter Spar-Lust oder - Wut gegen die eigenen Interessen zu handeln. Wie die Mehrheit der GPK anlässlich der Debatte über die Velostation kürzlich gezeigt hat, ist sie sehr wohl in der Lage, einen, sogar einstimmig gefassten, Kommissionsbeschluss später im GGR ins Gegenteil zu verkehren. Ich bitte Sie, dies auch jetzt zu tun und von den entsprechenden Budget-Kürzungen abzusehen. Meine Anträge, die Budget-Posten nicht zu kürzen, betreffen die folgenden Kostenstellen und Konti:

- 4100 30102, Aushilfen, Nebenämter
- 4100 31846, Siedlung und Landschaft
- 4200 31807, Abklärungen für die Erarbeitung von Projektierungskrediten."

Martina Arnold spricht zu Konto 4400 31405, Verkehrsplanung, Strassen, Unterhalt Weihnachtsbeleuchtung: Für das Jahr 2005 ist dafür eine Viertelmillion Franken vorgesehen. Vor drei Jahren, 2002, wurden CHF 121'000.-- für den Unterhalt ausgegeben, 2003 waren es CHF 237'000.--, 2004 waren dafür CHF 220'000.-- budgetiert. Im kommenden Jahr sollen es nochmals CHF 30'000.-- mehr sein. Und im 2006 oder 2007? Wohl bald eine halbe Million? Lassen wir diesen jährlichen Unterhalt einer knapp vierwöchigen Weihnachtsinstallation nicht ins Uferlose laufen. Setzen wir heute eine Grenze. Mein Antrag: Der Unterhalt der Weihnachtsbeleuchtung wird mit CHF 200'000.-- budgetiert. Ich bin überzeugt, dass wir auch mit etwas weniger Geld unsere schöne Weihnachtsbeleuchtung aufhängen können. Die zu ersetzenden Lämpchen müssen ja nicht unbedingt von Hand eingefärbt werden."

Ivo Romer, Präsident GPK: Auch die GPK hat das Konto 4400 31405, Verkehrsplanung, Strassen, Unterhalt Weihnachtsbeleuchtung, diskutiert und sich dazu auch Details aufzeigen lassen. Grundsätzlich geht es bei diesem Konto nicht nur um die Strassenbe-

leuchtung, sondern um die gesamte Weihnachtsbeleuchtung der Stadt inklusive die diversen zu schmückenden Bäume. Hier ist also nicht ein uferloses Wachstum festzustellen, sondern sämtliche Aktivitäten der städtischen Weihnachtsbeleuchtung sind in dieser Position zusammengefasst.

Urs E. Meier spricht zu Konto 4300 30010, Baubewilligungen, Kommissionen: "Auch meine Wertschätzung für die Stadtbildkommission hält sich in einem eher bescheidenen Rahmen. Wir müssen allerdings aufpassen, dass bei eingeschränkter Zuständigkeit dieses Gremiums kein Vakuum entsteht. Es ist deshalb zu überlegen, ob im Gegenzug die Stellung des Stadtarchitekten als Berater aufgewertet werden sollte. Falls der Budgetposten 4400 31810, Verkehrsplanung, Strassen, Studien und Planungen die weitere Planung des Beleuchtungsbandes über der Stadtkerndurchfahrt beinhalten sollte, beantrage ich die Kürzung um den entsprechenden Betrag. Unnötige Planungsleichen sind zu vermeiden, insbesondere, wenn sie seit langem als solche absehbar sind."

Stadtrat Dolfi Müller zu Konto 4400 31810, Verkehrsplanung, Strassen, Studien und Planungen: Das Beleuchtungsband steht hier nicht zur Debatte. Zu Konto 4400 31405, Verkehrsplanung, Strassen, Unterhalt Weihnachtsbeleuchtung: Der Stadtrat gibt seiner Überzeugung, dass bei dieser Position nun das Maximum erreicht ist und nicht mehr überschritten werden sollte, Ausdruck, indem auf gewisse Routen der Weihnachtsbeleuchtung verzichtet wird. Zudem ist die Weihnachtsbeleuchtung auch Bestandteil der Kosten-/Nutzen-Analyse. Der stadträtliche Sprecher ist für die von Urs E. Meier mit seinen Anträgen bezüglich Studien und Aushilfen im Bereich Stadtplanung gewährte Schützenhilfe dankbar. Die Stadtplanung wird nächstens gestartet. Wenn Bedarf für zusätzliche Hilfskräfte oder Studien besteht, ist dies jetzt der Fall, aber auch nur dann, wenn tatsächlich Bedarf besteht.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 4100 30102, Stadtplanung, Löhne Nebenämter/Aushilfen, sei um CHF 20'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 23 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 23 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 4100 30102, Stadtplanung, Löhne Nebenämter/Aushilfen, wird somit um CHF 20'000.-- gekürzt.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 4100 31844, Stadtplanung, Erschliessung, sei um CHF 10'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 22 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 22 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 4100 31844, Stadtplanung, Erschliessung, wird somit um CHF 10'000.-- gekürzt.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 4100 31846, Stadtplanung, Siedlung und Landschaft, sei um CHF 20'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 22 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 22 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 4100 31846, Stadtplanung, Siedlung und Landschaft, wird somit um CHF 20'000.-- gekürzt.

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der Antrag der GPK, Konto 4200 31807, Städtebau inkl. Hochbau, Beratungen und Expertisen, um CHF 10'000.-- zu kürzen, vom Stadtrat entgegengenommen wird. Da kein Gegenantrag gestellt wird, ist der Antrag der GPK stillschweigend gutgeheissen. Somit wird Konto 4200 31807, Städtebau inkl. Hochbau, Beratungen und Expertisen, um CHF 10'000.-- gekürzt.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 4300 30010, Baubewilligungen, Kommissionen, sei um CHF 10'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 28 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 28 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Somit wird Konto 4300 30010, Baubewilligungen, Kommissionen, um CHF 10'000.-- gekürzt.

Abstimmung

über den Antrag von Martina Arnold, Konto 4400 31405, Verkehrsplanung, Strassen, Unterhalt Weihnachtsbeleuchtung, sei um CHF 50'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag von Martina Arnold stimmen 15 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 12 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 15:12 Stimmen den Antrag von Martina Arnold zugestimmt hat. Konto 4400 31405, Verkehrsplanung, Strassen, Unterhalt Weihnachtsbeleuchtung, wird somit um CHF 50'000.-- gekürzt.

Ratspräsident Werner Golder bezieht sich auf Seite 38, Konto 4600 43406, Werkhof, Verrechnungen an ZEBA: Der Stadtrat erklärt sich bereit, die von der GPK gewünschte Korrektur von CHF 800'000.-- auf CHF 1,2 Mio. zu übernehmen.

Auf Seite 39, ist der Ertrag bei Konto 4800 43411, Stadtentwässerung, Abwassergebühr, auf Null zu setzen, nachdem der GGR den Anträgen der Spezialkommission und der GPK betreffend Einführung der Abwassergebühren gefolgt ist.

5. Soziales, Umwelt und Sicherheit(SUS) (S. 40 - 45)

Ratspräsident Werner Golder: Auf Seite 40 und 41 liegen seitens der GPK folgende Anträge vor:

- Konto 5000 31806, Departementssekretariat, Projekte, sei um CHF 10'000.-- zu kürzen.
- Konto 5300 31001, Amt für Alter und Gesundheit, Drucksachen, Fachliteratur, sei um CHF 25'000.-- zu kürzen.

Stadtrat Andreas Bossard zu 5300 31001, Amt für Alter und Gesundheit, Drucksachen, Fachliteratur: "Gegen die Kürzung des Zytlosbeitrages in der GPK möchte ich im Namen des Stadtrates noch folgende Argumente in die Waagschale werfen. In der GPK-Debatte wurde argumentiert das Zytlos sei mit CHF 75'000.-- zu teuer, das Schulblatt koste lediglich CHF 22'500.-- und die Feuerwehrzeitung CHF 26'000.--, weshalb ein massives Ungleichgewicht festzustellen ist. Leider konnte ich während der GPK-Sitzung die erwähnten Zahlen nicht überprüfen. In der Zwischenzeit habe ich zusammen mit dem Schulamt festgestellt, dass das Schulblatt und die Feuerwehrzeitung nicht total, sondern pro Ausgabe CHF 22'500.--, resp. CHF 26'000.-- kosten. Das Zytlos mit CHF 75'000.-- für 4 Ausgaben (d.h. pro Ausgabe CHF 18'700.--) liegt deshalb im vergleichbaren Kostenrahmen. Aus der Optik der Fachstelle Alter wäre es äusserst schade, wenn das Zytlos nicht im bisherigen Rahmen erscheinen könnte. Die älteren Leute schätzen dieses Zeitschrift sehr. Immer wieder bekommen wir dies auf der Fachstelle Alter und Gesundheit zu hören. Es war ein Wunsch der GPK, dass das Zytlos nicht erst ab Pensionierungsalter sondern bereits ab dem 60. Altersjahr zugestellt wird. Auch von den Leuten kurz vor der Pensionierung wird dieses Blatt sehr geschätzt. Im Zytlos werden in Hintergrundberichten über die städtischen Alters- und Pflgeheime berichtet. Auch die Spitexleistungen und die Ansprechstellen werden hier bekannt gemacht. Hier wird die Schwellenangst vor einem Heimeintritt genommen. Hier werden die Leute ermuntert, beweglich und fit zu bleiben. Es wäre äusserst schade, wenn beim beliebten Zytlos die Kosten um 1/3 gekürzt würden. Ich bitte Sie daher, von dieser Streichung abzusehen, damit das Zytlos auch zukünftig viermal jährlich herausgegeben werden kann.

Ivo Romer, Präsident GPK, ärgert sich, wenn hier an der Budgetdebatte des GGR die Details zu bestimmten Geschäften bekannt gegeben werden. Es wäre genügend Zeit zwischen der Budgetsitzung der GPK und der heutigen Debatte gewesen, solche Informationen, wenn sie denn wahr sind, mit der GPK zu besprechen. Solche Aussagen kurz vor Torschluss machen den Sprechenden doppelt aufmerksam, weshalb er erst recht am Antrag der GPK festhält.

Monika Mathers spricht zu Konto 5300 31001, Amt für Alter und Gesundheit, Drucksachen, Fachliteratur: "Das Zytlos ist eine Zeitschrift, die Sie wahrscheinlich wie ich, kurz

durchblättern und dann zum Altpapier legen. Das ist bei unserer Überfütterung mit Drucksachen auch nur natürlich. Das Zytlos spricht aber eine ganz andere Bevölkerungsgruppe an. Es spricht Personen an, die nicht mehr im Berufsleben verankert, etwas weit vom Schuss weg sind, d.h. Leute, die sich oft von der Gesellschaft etwas vernachlässigt und nicht mehr ganz ernst genommen fühlen. Ihr Briefkasten überquillt nicht mehr, sie haben jeden Tag Stunden zur Verfügung, um Zeitungen oder eben das Zytlos minutiös zu lesen. Sie schätzen es, dass die Stadt Zug ihnen und nur ihnen eine Zeitschrift widmet. Sie sind dabei etwas besser integriert. Neben all den Informationen über Anlässe, Sport, Treffs Kurse und Sozialkontakte für Senioren wird auch der redaktionelle Text sehr geschätzt. So habe ich mir sagen lassen. Eine ältere Person aus Zug erzählt aus ihrem Leben. Die Leser finden ihre alte Umgebung wieder und der Teil „vor 50 Jahren“ beschwört die guten alten Zeiten. Mit der Reduktion um CHF 25'000.-- könnten nur noch drei statt vier Ausgaben pro Jahr herausgegeben werden. Für eine Bevölkerungsgruppe, die aus dem Alltagsgeschäft weitgehend draussen ist, eine schmerzhaft Einbusse. Es ist ein kapitaler Fehler, die alten Leute aus den Augen zu lassen, die notabene aufgrund ihrer wachsenden Anzahl auch bei uns immer mehr das Sagen haben werden. Vor einigen Jahren hat die GPK gewünscht, dass das Zytlos bereits allen Personen über sechzig verteilt wird. Es spricht nichts dagegen, diesen Auftrag aufrecht zu erhalten. Ich bitte Sie darum, die ganzen CHF 75'000.-- zu budgetieren, mit der klaren Aufforderung ans Departement, nach Sparmöglichkeiten in der Produktion zu suchen."

Roland Neuner äussert sich zu Konto 5300 31001, Amt für Alter und Gesundheit, Drucksachen, Fachliteratur: Die gedruckten Drucksachen sind grundsätzlich enorm teuer, weshalb es empfehlenswert wäre, Offerten einzuholen und so Vergleiche anzustellen.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 5000 31806, Departementssekretariat, Projekte, sei um CHF 10'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 24 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. reduzieren zu. Konto 5000 31806, Departementssekretariat, Projekte, wird somit um CHF 10'000.-- gekürzt.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 5300 31001, Amt für Alter und Gesundheit, Drucksachen, Fachliteratur, sei um CHF 25'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 20 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 20 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 5300 31001, Amt für Alter und Gesundheit, Drucksachen, Fachliteratur, wird somit um CHF 25'000.-- gekürzt.

Ratspräsident Werner Golder informiert, dass zu Seiten 42 und 43 folgende Anträge der GPK vorliegen:

- Konto 5400 31806, Stadtökologie/Entsorgung, Projekte, sei um CHF 10'000.-- zu kürzen.
- Konto 5700 31810, Verkehr, Studien und Planungen, sei um CHF 40'000.-- zu kürzen.

Stadtrat Andreas Bossard spricht zu Konto 5400 31806, Stadtökologie/Entsorgung, Projekte: "Ich möchte ihnen kurz erläutern weshalb die Streichung des Projektkredites der Stadtökologie im jetzigen Projektstadium schwierig ist. Bei diesem Projekt handelt es sich nicht um eine Kampagne gegen Raucher, sondern um ein Projekt, welches die Nichtraucher in Restaurants vor Rauch schützt (ein Projekt also, welches eine Mehrheit von Restaurantbesuchern (70 % sind Nichtraucher) vor einer Minderheit (30 % sind Raucher) schützt. Im Gegensatz zur Initiative Stocklin (Diese kommt nächstes Jahr vor das Volk) beruht die Teilnahme der Wirte auf Freiwilligkeit: 2034 Personen haben die Initiative Stocklin unterzeichnet. Der Zeitungsartikel hat bewirkt, dass GastroZug, also die Wirte selbst, ihre Mitglieder in einem Brief aufgefordert haben, an unserem Projekt mitzumachen. Der Erfolg lässt sich sehen: Bereits haben sich 50 Betriebe im Kanton Zug zum Mitmachen entschlossen, davon 19 in der Stadt Zug (Stand der Liste 13. Dezember 2004). Am 20. Januar findet eine Pressekonferenz mit Gesundheitsdirektor Joachim Eder statt. Es handelt sich hier um ein Gemeinschaftsprojekt der Gesundheitsdirektion, der Gastro Zug und der Krebsliga. Die Stadt Zug verliert Vertrauen gegenüber ihren Projektpartnern, wenn sie in einer entscheidenden Phase mitten in einem Projekt aussteigt. Der Zeitpunkt für ein Projekt im Bereich „Schutz vor Passivrauch“ zu lancieren ist optimal: Bund und Kanton engagieren sich stark, und somit können wir als Stadt von Synergien profitieren. Laut Umfragen begrüsst eine Mehrheit der Bevölkerung rauchfreie Essensmöglichkeiten/Räume in Restaurants. Die Schweiz ist europaweit bald das Schlusslicht beim Schutz vor Passivrauchen (Italien, Norwegen, Schweden, Frankreich, Griechenland, Belgien England, Irland, Schottland, Portugal) kennen Einschränkungen. Die gesundheitlichen Auswirkungen des Passivrauchens fordern täglich Tote und kosten Milliarden im Gesundheitswesen. Ich wäre deshalb sehr froh, wenn sie dieses Projekt nicht kippen würden. Ein Ausstieg zum jetzigen Zeitpunkt wäre ein Signal in eine falsche Richtung."

Cornelia Stocker äussert sich zu Konto 5400 31806, Stadtökologie/Entsorgung, Projekte: Es trifft zu, dass der GGR bereits letztes Jahr CHF 10'000.-- für diese Passivrauch-Kampagne ausgegeben hat. Das Projekt ist gescheitert. Man kann dem Passivrauchen auch mit einer Vergrösserung der Nichtraucherzonen in den einzelnen Restaurant oder

mit dem Aufstellen von Verbotsschildern entgegenwirken. Dazu braucht es keine Studie und kein Projekt, welche den Steuerzahler nochmals CHF 10'000.-- kosten. Das kann mit Beschilderungen ganz einfach gelöst werden. Der Wirteverband stellt selber fest, dass die Stadt mit dem guten Beispiel selber vorangehen kann. Vielleicht kann man mit einer solchen Aktion auch im Chaotikum beginnen. Mc Donalds-Cafés sind z.B. auf der ganzen Welt rauchfrei und nicht nur, weil sie auf der aufgezeigten Liste aufgeführt sind.

Ivo Romer, Präsident GPK, zu Konto 5400 31806, Stadtökologie/Entsorgung, Projekte: Die GPK hat zwar auch über das Projekt betr. Passivrauchen diskutiert, aber grundsätzlich das gesamte Projekt-Portfolio geprüft. Es ist eine falsche Aussage, wenn der Eindruck entsteht, die GPK möchte das Projekt "Passivrauchen" kippen. Das trifft nicht zu. Es ging grundsätzlich um die Projekte Erweiterung Solaranlage Loreto, Naturprojekt mit Praktikant, Weiterführung des Schutzes vor Passivrauchen, Projektierung und Realisierung Taubenschlag, Heckenbepflanzungen, Aktualisierung der Klimabilanz der Stadt Zug. Die GPK war der Auffassung, dass nicht alle diese Projekte die gleiche Wichtigkeit haben und es daher durchaus möglich ist, sich im 2005 auf die wichtigen Positionen zu konzentrieren. Das Projekt-Portfolio erfordert in sich selbst eine Priorisierung. Deshalb sollten CHF 30'000.-- genügen. Es ist auch so möglich, dass der Stadtrat das Projekt Passivrauchen weiterführen kann.

Patrick Steinle spricht zu Konto 5400 31806, Stadtökologie/Entsorgung, Projekte: "Es ist mir soeben ein dummer Vergleich eingefallen, der Ihnen aber vielleicht einleuchtet: Ein Stadtökologe ohne Geld um Projekte durchzuführen, das ist doch wie wenn man einen Ferrari in der Garage hat und dann beim Benzin spart. So ist aber kein Rennen zu gewinnen! Damit der Stadtökologe seine Wirkung entfalten kann, ist er auf entsprechende Betriebsmittel angewiesen, und das sind genau diese Gelder für Projekte, die sie schon letztes Jahr zusammengestrichen haben. Das ist eine durchschaubare Taktik, um die Nutzlosigkeit des Stadtökologen zu beweisen. Wenn Sie den Stadtökologen tatsächlich überflüssig finden, dann schaffen sie doch die Stelle gleich ab, statt sie langsam durch Mittelentzug abzuwürgen. Sie werden dann per Volksinitiative erleben, dass die Stadtökologie in der Bevölkerung viel besser abgestützt ist als hier im Rat. Denjenigen, die glauben, mit der Einführung des Entsorgungssystems sei die Aufgabe der Stadtökologie erledigt, möchte ich in Erinnerung rufen, dass Ökologie und nachhaltige Entwicklung mehr ist als nur Joghurtdeckeli zu sammeln. Eine saubere Entsorgung ist ein erster Schritt, aber eigentlich nur eine „end of pipe“ Lösung, es müssen weitere Schritte folgen. Es ist doch paradox: Wir sonnen uns gerne in der schweizweiten Beachtung des Ökihofs, sind aber nicht bereit, dem Stadtökologen für weitere Projekte Kredit einzuräumen. Vielleicht kopiert in ein paar Jahren die ganze Schweiz das Zuger Modell zur stufengerechten Integration von Umweltlehre in den Schulen, oder das Kompogas-Miniquartierbussystem oder sonst eine Innovation, die wir uns jetzt noch gar nicht vorstellen können. Das geht aber nicht ohne entsprechende Mittel, wie ja auch das Entsorgungskonzept nicht mit dem Lohn des Stadtökis bezahlt wurde. Meine Damen und Herren, die Mittel für Projekte der Stadtökologie wurden bereits durch den Stadtrat sehr knapp budgetiert. Als vorausschauendes Lenkungsgremium sollten wir sie eigentlich

aufstocken, auf jeden Fall nicht noch weiter kürzen! Lehnen Sie daher bitte den Kürzungsantrag der GPK ab."

Ratspräsident Werner Golder: Seite 43, Konto 5700 31810, Verkehr, Studien und Planungen, beantragt die GPK, CHF 90'000.-- zulasten der Laufenden Rechnung zu belasten und CHF 40'000.-- kostenneutral in die Investitionsrechnung zu verschieben.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der Stadtrat diesen Antrag entgegennimmt. Nachdem kein Gegenantrag gestellt wird, ist der Antrag der GPK zu Konto 5700 31810, Verkehr, Studien und Planungen, stillschweigend beschlossen. Die Laufende Rechnung wird somit um CHF 40'000.-- entlastet und die Investitionsrechnung um diesen Betrag zusätzlich belastet.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 5400 31806, Stadtökologie/Entsorgung, Projekte, um CHF 10'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 23 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 23 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 5700 31810, Verkehr, Studien und Planungen, wird somit um CHF 10'000.-- gekürzt.

Investitionsrechnung (S. 46 - 51)

Ratspräsident Werner Golder bezieht sich auf Seite 50, Konto 5700 583, Verkehr, Infrastruktur öffentlicher und nicht motorisierter Verkehr: Hier werden die aus der Laufenden Rechnung (Konto 5700 31810, Verkehr, Studien und Planungen) entnommenen CHF 40'000.-- neu verbucht.

Ivo Romer, Präsident GPK, zu Konto 5700 583, Verkehr, Infrastruktur öffentlicher und nicht motorisierter Verkehr: Im Konto 5700 31810, Verkehr, Studien und Planungen, hat die GPK zwar die Initiative für Studien und Planungen zum Verkehr grundsätzlich unterstützt. In der Investitionsrechnung gibt es aber andererseits das Projekt 583, Infrastruktur öffentlicher und motorisierter Verkehr mit CHF 280'000.--. Die GPK ist daher der Überzeugung, dass hierfür CHF 40'000.-- zulasten der Investitionsrechnung und nicht zulasten der Laufenden Rechnung einzusetzen sind. Die im Konto 5700 31810 gekürzten CHF 40'000.-- werden somit dem Rahmenkredit 5700 583 belastet, ohne dass dieser erhöht wird.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Werner Golder erklärt so beschlossen.

Ziff. 1.1:

Ivo Romer, Präsident GPK: Die GPK beantragt, einen Steuersatz von 70% sowie die Weiterführung des Rabattes von 2% auf der Basis der kantonalen Einheitssätze auch für das Jahr 2005 beizubehalten. "Solange es in der Verwaltung noch "Fettpolster" gibt, die auch der Stadtrat erkannt hat, werden wir den Steuerrabatt nicht einfach auf Zusehen hin streichen."

Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates für einen Steuersatz von 70% (ohne Rabatt) gegenüber dem Antrag der GPK für einen Steuersatz von 70% abzüglich eines Rabattes von 2% auf der Basis der kantonalen Einheitssätze:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 12 Ratsmitglieder, für den Antrag der GPK stimmen 25 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR mit 25:12 Stimmen den Antrag der GPK zu Ziff. 1.1. gutgeheissen und somit den Antrag des Stadtrates abgelehnt hat.

Zu Ziff. 1.2 und 1.3. wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Werner Golder erklärt so beschlossen.

Zu Ziff. 2 - 5 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Werner Golder erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 34:0 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

B e s c h l u s s

des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1405
betreffend Budget 2005

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1818 vom 2. November 2004:

1. Die Steuern für das Jahr 2005 werden wie folgt festgesetzt:
 - 1.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuer für juristische Personen mit 70 %, abzüglich eines Rabatts von 2 %, auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze.
 - 1.2 Die Grundstückgewinnsteuer mit 100 % auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze.
 - 1.3 Die Hundesteuer mit CHF 60.--. Für Wachhunde auf Bauernhöfen sowie für Rettungs-, Militär-, Blinden-, Therapie- und auf Schweiss geprüfte Hunde kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.
2. Das für das Jahr 2005 aufgestellte Budget wird genehmigt.
3. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses treten auf den 1. Januar 2005 in Kraft. Bezüglich Ziffer 1 dieses Beschlusses bleibt das fakultative Referendum gemäss § 6 der Gemeindeordnung vorbehalten.
4. Dieser Beschluss ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufzunehmen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

5. Motion CVP-Fraktion betreffend Aufzeigen von Sparmöglichkeiten für das Budget 2005 und die folgenden Jahre

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1822

Der Wortlaut der Motion befindet sich auf S. 730 f. des GGR-Protokolls Nr. 16 vom 18. Mai 2004.

6. Interpellation FDP-Fraktion betreffend mutmassliche Auswirkungen der Zuger Aufgaben- und Finanzreform (ZFA) auf die Stadt Zug

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1823

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 890 f. des GGR-Protokolls Nr. 19 vom 28. September 2004

Ratspräsident Werner Golder beantragt, die Diskussion über diese beiden Traktanden gemeinsam zu führen.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR stillschweigend damit einverstanden ist, die beiden Traktanden 5 und 6 gemeinsam zu behandeln.

Eintreten auf die Motion

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten auf die Motion als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Peter Kündig: "Die CVP dankt dem Stadtrat für den Bericht vom 23. November 2004. Mit Befriedigung nehmen wir zur Kenntnis, dass der Stadtrat (selbstverständlich) die von uns aufgezeigte Problematik bereits erkannt und Massnahmen ergriffen hat. Die vom Stadtrat in Angriff genommene Kosten-Nutzen-Analyse über ausgewählte städti-

sche Aufgaben macht Sinn, insbesondere auch in Kombination mit der Überprüfung und vor allem der Anpassung des jeweiligen Anforderungs- und Qualitätsniveaus. Unserer Auffassung nach können Einsparungen nachhaltig nur erreicht werden, wenn auch die heutigen Standards sehr kritisch hinterfragt werden. Die vom Stadtrat aufgelisteten städtischen Aufgaben, die einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen werden, verstehen wir als einen ersten Schritt. Unseres Erachtens müssen sämtliche städtischen Aufgaben entsprechend und auch bezüglich die Standards untersucht werden. Es wäre quasi von einem Null-Budget auszugehen. Dabei wäre es falsch, irgendwelche Aufgaben von der Prüfung auszunehmen. Bei allen städtischen Dienstleistungen, die auf hohem Niveau erbracht werden, finden Sie interessierte Kreise, die gerade diese städtischen Dienste als für eminent wichtig empfinden. Als Beispiel möchte ich auf die Stadtökologie verweisen. Es ist unbestritten, dass diesem Amt Verdienste zukommen. Am Anfang war der Nutzen dieser Stelle sehr hoch. Inzwischen kostet die Stelle immer mehr, gleichzeitig minimiert sich der zusätzliche Nutzen der Stelle. Dieses Phänomen ist nicht spezifisch für die Stadtökologie, sondern allseits bekannt. So wäre allenfalls zu prüfen, eine solche Abteilung aufzulösen. Dabei ist es natürlich ohne weiteres denkbar, dass in zehn Jahren das Bedürfnis bestehen würde, eine entsprechende Stelle wieder zu initiieren, was dannzumal ohne weiteres möglich wäre. Immerhin hätte man dann aber Kosten während zehn Jahren gespart. Ich ersuche Sie, dieses Beispiel nicht ideologisch zu hinterfragen, sondern gegenteils mit Ihren Fraktionen kreativ Einsparmöglichkeiten zu suchen. Der Stadtrat ruft sie auf, solche der Verwaltung zu übermitteln. Die Verwaltung und der Stadtrat werden sie gebührend prüfen. Die CVP-Fraktion hofft auf viele gute Sparideen der Fraktionen des Zuger GGR. Die CVP-Fraktion unterstützt den stadträtlichen Antrag einstimmig."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: Dem Stadtrat ist klar, dass die gesamte Aufgabenerfüllung der Verwaltung untersucht werden muss. Der Stadtrat hat zwei Prioritäten aufgezeigt, die er aus den vergangenen Diskussionen in diesem Rat, aus seinen internen Diskussionen sowie aus weitem Anträgen und verschiedenen Prüfungsmöglichkeiten am besten kennt und weiss, wo der Hebel anzusetzen ist. Dass diese prioritär behandelt werden, hat seine Gründe. Nach der zweiten Priorität gibt es aber selbstverständlich noch weitere Prioritäten. Heute hat der stadträtliche Sprecher in seiner Eintretensdebatte zum Finanzplan betont, dass es sich um einen schmerzlichen Prozess handeln werde. Es ist aber nicht so, dass nur die "Speckseiten" der städtischen Verwaltung angegriffen werden. Bei dieser Untersuchung und mit den nachfolgenden Anträgen an den GGR wird es wesentlich auch um Verzicht und um Verzichtsplanungen gehen. Es wird auch so sein, dass Leistungen diskutiert und hinterfragt werden müssen. Der Stadtrat ist bereit, diese Diskussion zu führen und erwartet, dass dies auch für den GGR zutrifft. Mit dem Vorschlag, die Motion erheblich zu erklären, erklärt der Stadtrat, dass er Bericht und Antrag über die Resultate dieser Untersuchungen stellen wird.

Ivo Romer spricht als Vertreter der Interpellanten und bedankt sich für die schnelle und unkomplizierte Beantwortung der Interpellation. Mit der Interpellation wurde bewusst etwas weiter gezielt als die Motion der CVP-Fraktion dies tut. Die Interpellanten sind

grundsätzlich mit den Antworten des Stadtrates zufrieden. Gemäss Antwort auf die Frage 1 muss die Mehrbelastung von CHF 20 Mio. durch Korrekturen bei der Leistungserbringung und durch Mehreinnahmen aufgefangen werden. Der Sprechende geht davon aus, dass diese Mehreinnahmen nicht durch Steuer- und Gebührenerhöhungen erzielt werden sollen, sondern durch neue Steuerzahler und dadurch, dass die bestehenden Steuerzahlenden durch höhere Einkommen und Erträge mehr Steuern abliefern. Diese Interpretation entspricht dem Verständnis der Interpellanten. Die FDP-Fraktion begrüsst und fordert, dass der Stadtrat weiterhin prominent und kritisch den regierungsrätlichen Ansinnen entgegentritt und nicht davon ausgeht, dass der innerkantonale Finanzausgleich zulasten des städtischen Budgets geht. Es wird nicht nur eine entsprechende Zusammenarbeit in der Projektgruppe, sondern auch entschiedener Widerstand erwartet. Es sind daher alle gefordert, den Einfluss geltend zu machen, damit das Projekt auf die richtige Schiene gelangt. Die FDP-Fraktion wartet gespannt auf die Analysen, welche mit der CVP-Fraktion versprochen wurden, und ist sich bewusst, dass von Verzicht gesprochen wird und in diesem Zusammenhang das Wort "Sparen" tatsächlich angebracht ist. Bewusstes Verzichten tut weniger weh als wenn man dies tun muss.

Ernst Merz: "Die Einsicht des Stadtrates ist schon der erste Weg zur Besserung, hat er doch gemerkt, dass das Ausgabenwachstum der letzten Jahren in den kommenden Jahren, wo wir in tiefrote Zahlen schlittern werden, nicht mehr weiter akzeptiert werden kann. Deshalb habe ich mich beim Budget der Stimme enthalten. Die Sparbemühungen sind für mich immer noch ungenügend. Zur Stellungnahme des Stadtrates auf die CVP-Motion möchte ich sagen, dass ich konkrete Zahlen, wie der Stadtrat sparen will vermisse. Als mögliches Beispiel (Vorschlag): „Der Stadtrat will die Ausgaben bis zur Einführung des NFA (2008) um 5 bis 10 Prozent in den kommenden drei Jahren senken“. In der vorliegenden Antwort an den GGR des Stadtrates handelt es sich lediglich um eine Absichtserklärung, d.h. um einen „Papiertiger (warme Luft)“. Die CVP-Motion geht in die richtige Stossrichtung. Ich möchte nochmals an mein Votum zum Budget 2005 erinnern. Gemäss NZZ-Artikel vom 9. Dezember 2004 gibt die Stadt Winterthur für das Verwaltungspersonal ca. CHF 400.-- pro Einwohner und Jahr aus und die Stadt Zürich ca. CHF 900.--. Quelle: Schweiz. Städteverband. Nach meinen prov. Berechnungen kostet die Verwaltung der Stadt Zug pro Einwohner und Jahr über CHF 1'000.--. Meine erneute Frage an den Stadtrat: Welches sind die effektiven Kosten für die Verwaltung der Stadt Zug? Ich bin nicht unbedingt für die Einführung einer neuen Kommission. Ich schlage Ihnen jedoch die Bildung einer „Sparkommission“ vor, um den Stadtrat in seinen Sparanstrengungen zu unterstützen. Die Sparkommission könnte aus Mitgliedern des GGR und auswärtigen Experten gebildet werden."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger stimmt dem GPK-Präsidenten zu, dass hier eine umfangreiche und wichtige Aufgabe für die Stadt Zug ansteht. Im Zusammenhang mit dem ZFA hat der stadträtliche Vertreter in der GPK ausgeführt, dass die Basis der heute erwähnten Ausgleichszahlungen, welche mit über CHF 70 Mio. anwachsen sollen, in dem zuerst vorgeschlagenen Teil der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden liegt. Hier ist vorgesehen, dass die Gemeinden bestimmte Aufgaben an den Kanton

abgeben können, andere Aufgaben aber vom Kanton zusätzlich erhalten (z.B. Schulfinanzierung). Bei der gesamten Aufgabenteilung hin zum Kanton und zurück zu den Gemeinden kommt die Stadt Zug von allen Gemeinden am besten weg, kann sie doch eine ganze Anzahl zentralörtlicher Aufgaben an den Kanton abgeben. Das hat bei der internen Umverteilung dazu geführt, dass die Belastungen der einzelnen Gemeinden untersucht wurden. Dabei zeigte sich, dass die kleinen Gemeinden im Verhältnis am schlechtesten wegkommen. Dies war der Grund für die nachfolgenden Ausgleichsmechanismen. Es ist unumgänglich, dass die Stadt Zug mehr zahlen muss. Nicht der Ausgleichsmechanismus an sich ist der strittige Punkt, sondern die Frage, was mit der Geldmenge passiert, welche der Kanton nicht mehr in den innerkantonalen Finanzausgleich einwirft. Die Stadt Zug ist sich bewusst, dass sie Mehrbelastungen entgegenseht. Nicht einverstanden ist aber der Stadtrat mit der Höhe dieser Mehrbelastungen. Die zu erwartenden Mehrbelastungen können aber nicht mit einigen Massnahmen weggespart werden, sondern es wird Leistungsverzicht gefragt und nötig sein. Diese Rechnung kann hier nur in geringem Masse beeinflusst werden, besteht doch der Kantonsrat mit seinen 80 Mitgliedern nicht mehrheitlich aus Personen aus der Stadt Zug. Die Debatte im Kantonsrat wird somit nicht nur unter der Fahne der Stadt Zug, sondern unter derjenigen verschiedenster Gemeinden geführt werden. Zu Gemeinderat Ernst Merz hält der stadträtliche Sprecher Folgendes fest: "Sie tun heute immer, als würde der Stadtrat das Geld der Steuerzahler "versauen". Lesen Sie einmal die Geschichte des GGR der letzten zehn Jahre, dann sehen Sie, wer für das Ausgabenwachstum mitverantwortlich ist. Die gewünschten Vergleichszahlen werden wir Ihnen gerne bei der Debatte der Jahresrechnung liefern."

Ernst Merz: "Ich habe nie gesagt, der Stadtrat habe das Geld versaut. Dass die Stadt Zug eine Sparkommission notwendig hat, zeigt sich beim Budget und Finanzplan mit tiefen Zahlen. Die Finanz- und Ausgabenpolitik der Stadt Zug ist katastrophal. Die Ausgabenpolitik ist liederlich. Wenn Sie Geld finden wollen, gehen Sie zum Stadthaus, da wird es haufenweise hinausgeworfen. Laut Aussage eines ehemaligen FDP-Gemeinderates hat man in den guten Jahren Geld ausgegeben und nicht Rückstellungen gemacht."

Das Wort wird weder zur Motion noch zur Interpellation verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass kein Antrag gegen die vom Stadtrat beantragte Erheblicherklärung gestellt wird. Die **Motion CVP-Fraktion betreffend Aufzeigen von Sparmöglichkeiten für das Budget 2005 und die folgenden Jahre ist somit gemäss Antrag des Stadtrates stillschweigend erheblich erklärt.**

Die Interpellation FDP-Fraktion betreffend mutmassliche Auswirkungen der Zuger Aufgaben- und Finanzreform (ZFA) auf die Stadt Zug ist beantwortet und kann als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.

- 7. Städtebauliche Entwicklungsstudie Zug/Baar: Schlussbericht**
- 8. Interpellation Lea Zehnder, Alternative Fraktion, betreffend Vermietungspraxis städtischer Wohnungen**
- 9. Interpellation Stefan Hodel und Manfred Pircher betreffend Zunfthaus Kreuz, Oberwil**

Diese drei Traktanden werden aufgrund der fortgeschrittenen Zeit heute nicht mehr behandelt und auf die Traktandenliste der nächsten GGR-Sitzung gesetzt.

10. Wahl des Büros 2005 - 2006

10.1. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

10.2 Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten

10.3 Wahl der zwei Stimmenzählerinnen/Stimmenzähler

10.1. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

Cornelia Stocker schlägt namens der FDP-Fraktion zur Wahl des Ratspräsidenten den jetzigen Vizepräsidenten Ulrich Straub vor.

Roland Neuner: Die SVP-Fraktion unterstützt die Wahl von Ulrich Straub als Ratspräsident.

Es erfolgen keine weiteren Nominationen.

Die geheime Wahl gemäss § 15 der Gemeindeordnung der Stadt Zug ergibt folgendes Ergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel:	38
Abgegebene Wahlzettel:	38
Leer:	0
Ungültig:	0
In Betracht fallende Wahlzettel:	38
Absolutes Mehr:	20

Gewählt ist mit 36 Stimmen Gemeinderat Ulrich Straub.

Weitere Stimmen haben erhalten: Gemeinderätin Judith Müller und Gemeinderat Dominik Schwerzmann.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder gibt bekannt, dass **Gemeinderat Ulrich Straub mit 36 Stimmen zum Ratspräsidenten des Grossen Gemeinderates von Zug für die Dauer von zwei Jahren, nämlich für 2005 und 2006, gewählt ist.**

Ratspräsident Werner Golder gratuliert Ulrich Straub zu seiner Wahl und übergibt dem Gewählten ein Unikat "Geschäftsordnung und aktuell gültige Gemeindeordnung".

Ulrich Straub: "Ich fühle mich von diesem schönen Resultat ausserordentlich geehrt. Ich erkläre hiermit Annahme der Wahl und werde mich bemühen, der Präsident aller zu sein. Dies meine ich so, wie es mir Werner Golder vorgelebt hat. Er war mir in diesem Sinne ein grosses Vorbild."

10.2. Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten

Marianne Zehnder: "Die Alternative Fraktion schlägt Ihnen Stefan Hodel zum Vizepräsidenten des GGR vor. Mit Stefan Hodel schlagen wir Ihnen einen geeigneten – vom Volk gewählten – Kandidaten zur Wahl vor. Stefan Hodel politisiert seit bald vier Jahren im GGR. Wir alle kennen ihn als ruhigen und kompetenten Gemeinderat. Konsens orientiert und nicht polarisierend vertritt er eine Politik des Machbaren. Er ist fraktionsübergreifend akzeptiert und für sein seriöses Vorbereiten und Schaffen bekannt. Die Alternative Fraktion ist überzeugt, dass es an der Zeit ist, dass auch sie Verantwortung in der Ratsführung übernehmen soll: Seit vierzehn Jahren ist die Alternative Fraktion in Fraktionsstärke im GGR vertreten – und hat noch nie das Ratspräsidium besetzt! Ausserdem erhielt die Alternative Fraktion bei den Wahlen vor 2 Jahren am 2. meisten Listenstimmen. Laut Gemeindeordnung und Geschäftsordnung des GGR sind die Fraktionen bei der Wahl ins Büro und die Kommissionen gemäss ihrer Stärke zu berücksichtigen. Bereits vor 2 Jahren wurde die Alternative Fraktion bei der Wahl ins Büro nicht berücksichtigt, obwohl ihr ganz klar ein Platz im Büro zustand. Die SVP macht der Alternativen Fraktion zum Vorwurf, keine eigene Kandidatin oder keinen eigenen Kandidaten für die GPK aufgestellt zu haben. Sie unterstellte uns sogar, aus parteipolitischen Gründen Stefan Hodel vor der Wahl gestanden zu sein. Wer sich nur ein bisschen mit der Alternativen Politik auseinander gesetzt hat weiss, dass solche Ideen abstrus sind, und es der SVP bei dieser Wahl letztlich nur um eine Machtdemonstration geht. Wählen Sie fair und unterstützen Sie den Kandidaten der Alternativen Fraktion für das Vizepräsidium."

Roland Neuner: "Zuerst möchte ich mich bei unserem Stadtschreiber Arthur Cantieni für die sehr gute Unterstützung und umfangreichen Detailunterlagen bedanken. Der Präsident ist gewählt und ich möchte ihm im Namen der SVP Fraktion gratulieren. Deine Wahl, Ueli Straub, als GGR-Präsident bedeutet gerade in der heutigen Zeit eine grosse Herausforderung und setzt ein grosses Engagement voraus. Die SVP-Fraktion wünscht dir viel Glück, Erfolg, aber auch viel Freude in deiner neuen Tätigkeit als GGR-Präsident. Nun, nach der Wahl des Präsidenten erfolgt gemäss Traktandenliste die Wahl des Vizepräsidenten. Die Alternative Fraktion erhebt Anspruch auf den Vizepräsidentensessel mit der Begründung, dass sie bei den letzten Wahlen ganze 47 Stimmen mehr gemacht hat, als wir von der SVP-Fraktion. Zudem hat die SVP-Fraktion am 7. Januar 2003 grosszügigerweise einstimmig Werner Golder mit lediglich 933 SP- Wählerstimmen zum Ratspräsidenten gewählt, auch wenn auf Grund der Wahlergebnisse der SP keinen Sitz mehr im Büro zustand. Da Claudia Stöckli nach der Wahl am 7. Januar 2003 mit 33 Stimmen gegenüber Marianne Zehnder mit lediglich 13 Stimmen ins GGR-Büro gewählt wurde und somit eigentlich als Vizepräsidentin nachrutschen würde, ist es doch klar, dass nach dem Verzicht von Claudia Stöckli die SVP ihren Anspruch auf den Vizepräsidenten erhebt. Dass die Alternative Partei 47 Stimmen bei den letzten Wahlen mehr als die SVP machte, ist für die SVP leicht zu erklären. Bei uns wollten bei den letzten Wahlen mehr SVP-Mitglieder auf die Kantonsratliste und somit nicht auf die GGR-Wahlliste, was ja auch das Wahlergebnis mit 18 SVP-Kantonsräte zu nur 7 Kantonsräte der Alternativen Fraktion bestätigt. Tatsache ist doch, dass CVP, SVP und die Alternative Fraktion

mit allen Andern, die sich dazu zählen, genau gleich viel, nämlich auch nur 7 Sitze in diesem Parlament hat. Ich möchte voraus schicken, dass ich persönlich nichts gegen Gemeinderat Stefan Hodel habe und ihn sogar schätze. Aber das Argument, dass Stefan Hodel schon länger im GGR sitzt und dies als Pluspunkt zu werten ist, kann ich zwar bestätigen, erachte es aber aus unserer Sicht eher als unbedeutend. Wichtig ist doch, wie Jürg Messmer in den nächsten zwei Jahren mit dem neugewählten Präsident zusammen arbeiten kann. Dazu ist doch die Voraussetzung mit Jürg Messmer sicher etwas besser, als mit einem Mitglied aus der Alternativen Fraktion, die Gemeinderat Ulrich Straub bei der Wahl zum Vizepräsident am 7. Januar 2003 mit 12 leeren Wahlzettel ihre Stimmen verweigerten. Jürg Messmer hat auch als Vizepräsident der SVP Stadt Zug mit seinem grossen Engagement und mit seiner ausgezeichnet geleisteten Arbeit bewiesen, dass die Politik für ihn kein Neuland ist. Zudem ist Jürg Messmer als Geschäftsinhaber von zwei Firmen ein seriöser Geschäftsmann, der sicher weiss, woher das Geld kommt, bzw. dass man es zuerst mit harter Arbeit verdienen muss, bevor man es ausgeben kann. Aus diesen und weiteren Gründen bitte ich euch, geschätzte Damen und Herren, unterstützt die Wahl von Jürg Messmer zum Vizepräsident. Ich bin überzeugt, dass er auch als Vizepräsident gute Arbeit im GGR und nicht zuletzt auch für die Stadt Zug leisten wird. Zu Stefan Hodel möchte ich nur sagen: du bist noch jung, warte noch zwei Jahre."

Es erfolgen keine weiteren Nominationen.

Die geheime Wahl gemäss § 15 der Gemeindeordnung der Stadt Zug ergibt folgendes Ergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel:	38
Abgegebene Wahlzettel:	38
Leer:	1
Ungültig:	0
In Betracht fallende Wahlzettel:	37
Absolutes Mehr:	19

Gewählt ist mit 22 Stimmen Gemeinderat Stefan Hodel.

Weitere Stimmen haben erhalten: Gemeinderat Jürg Messmer (12), Gemeinderat Dominik Schwerzmann (2) und Gemeinderat Werner Moos (1).

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder gibt bekannt, dass **Gemeinderat Stefan Hodel mit 22 Stimmen zum Ratsvizepräsidenten des Grossen Gemeinderates von Zug für die Dauer von zwei Jahren, nämlich für 2005 und 2006, gewählt ist.**

Stefan Hodel: "Ich bin sehr erfreut ob dieser Wahl. Ich freue mich, dass die Mehrheit dieses Rates die Arbeit der Alternativen Fraktion während der letzten Jahre durch meine Wahl anerkannt hat und es wagt, einen grünen Stadtpolitiker in dieses Amt zu wäh-

len. Ich freue mich auf meine neue Aufgabe. Die nächsten zwei Jahre werde ich dazu benützen, mich auf die Aufgabe der Ratsleitung vorzubereiten. Mein Ziel wird es sein, den Rat in ähnlich kompetenter und guter Art zu leiten, wie dies Werner Golder getan hat. Er verdient unseren grossen Dank. Ich erkläre hiermit Annahme der Wahl."

10.3. Wahl der zwei Stimmzählerinnen/Stimmzähler

Andrea Sidler Weiss schlägt namens der CVP-Fraktion Dominik Schwerzmann vor.

Roland Neuner schlägt namens der SVP-Fraktion Claudia Stöckli vor.

Es erfolgen keine weiteren Nominationen.

Ratspräsident Werner Golder: Obwohl an sich auch für die Stimmzähler geheime Wahl vorgeschrieben ist, schlägt der Vorsitzende vor, die beiden Stimmzähler per in globo zu wählen.

Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit Claudia Stöckli und Dominik Schwerzmann stillschweigend als Stimmzähler gewählt sind.

Ulrich Straub: "Unser Werner Golder tritt wieder in die Mitte des Rates zurück. Wir haben alle mit Werner Golder einen besonnenen und der Sachpolitik verpflichteten Präsidenten kennen und schätzen gelernt, sei es in einer heiss diskutierten Vorlage des Stadtrates, sei es in der Suche nach Stabilität in heiklen Situationen. Der Präsident Golder suchte stets um Ausgleich und Versöhnung. Der als Elektrotechniker in der Industrie tätige Werner Golder wurde im August 1949 geboren und wuchs am Bodensee auf. Dies kann man unschwer an seinem Dialekt erkennen. 1971 zog er dann frisch verheiratet mit seiner Frau Myrtha nach Zug, wo ein Jahr später ihre Tochter zur Welt kam. Politisch begann der Sozialdemokrat Werner Golder 1993 seine Karriere im Gemeinderat und zwar als Nachfolger von Armin Oswald. Bereits ein Jahr später wurde er als Mitglied in die GPK gewählt und gleichzeitig zu deren Vizepräsidenten ernannt. Sechs Jahre übte er dieses Amt mit Umsicht und seiner allseits geschätzten Art aus. Gelassenheit, Sachlichkeit und kritische Urteilsfähigkeit zeichnen auch die anspruchsvolle Tätigkeit Werner Golder's als Präsident dieses Rates aus. Es mag Werner Golder schwer gefallen sein, politisch nicht mehr mitreden und entscheiden zu dürfen, aber seine direkte und schnörkellose Art kam dafür noch viel besser zur Geltung. Der präsidiale Entscheid - und damit ist nicht der in Pattsituationen angewendete Stichentscheid des Präsidenten gemeint - nein, der im freien Ermessen gefällte Entscheid hat deutlich an Mass und Statur gewonnen. Nein, Werner Golder geht nicht als zögerlicher Präsident in die Geschichte dieses Rates ein. Bloss sind bekanntlich präsidiale Entscheide nicht immer von grosser Tragweite. Lieber Werner, dort wo es uns betroffen hat, haben wir im Rat und im Büro deine

Anweisungen gerne befolgt. Dort, wo wir vielleicht einmal diese nicht befolgen wollten, haben sie uns nicht betroffen. So hat sich kein einziges Mal eine schwierige Situation mit dir ergeben. Schwierig aber wurde es für dich, als du in diesem Sommer mit Halswirbelbeschwerden ins Spital gehen musstest. Diese Zeit hat dich zwar arg mitgenommen, aber du hast dir nichts anmerken lassen. Deine Gelassenheit kam einmal mehr zum Tragen. In dieser Zeit durfte ich dich vertreten und mit dem Rat anhand der Ortsbusvorlage die Mehrfachabstimmungsmöglichkeiten üben. Überhaupt, sehr geschätzter Präsident, lieber Werner, hast du mir wenig Möglichkeit gegeben, mein zukünftiges Amt zu erproben. Man hat auch heut wieder gesehen: du hast es gern gemacht. So soll es mir auch gehen. Innerhalb von 24 Sitzungen hast du mir lediglich zweimal die Möglichkeit gegeben, dich zu vertreten. Ich habe die Sitzungen auch gerne geleitet. Gerne erinnere ich mich auch an die Ratsausflüge und die privaten Gespräche mit dir. Sie zeigen eine weltoffene und interessierte Persönlichkeit, die sich der offenen Diskussion gerne stellt und Dogmen verabscheut. Einem Liberalen wie mir mag das sehr zu gefallen. Auch wer deine politischen Ansichten nicht teilt, bleibt immer ein ernst zu nehmender Mensch. Es ist mir trotz unterschiedlicher Provenienz ein Vergnügen, mit dir zu diskutieren. Ich hoffe, dass du auch in Zukunft der zugerischen Politlandschaft erhalten bleibst. In diesem Sinne wünsche ich dir persönlich auch in Vertretung der dir wohlgesinnten Politiker dieses Rates und der Bevölkerung der Stadt Zug alles Gute für dein weiteres Wirken, sei es beruflich oder politisch. Privat hoffe ich, dass du mit deiner Frau noch viele interessante Reisen unternehmen wirst, und du der Politik noch eine Weile deine Zeit zur Verfügung stellen wirst. Herzlichen Dank."

Ratspräsident Werner Golder: "Herzlichen Dank, Ulrich Straub. Ich trete aber nicht zurück, sondern füge mich den Spielregeln, welche besagen, dass nach zwei Jahren die Tätigkeit des Ratspräsidenten zu Ende geht. Anlässlich meiner Antrittsrede erklärte ich, dass ich für alle stets ansprechbar sei. Ich setzte daher die Hoffnung auch in "rede miteinander" und für mehr Effizienz im Rat. Möglicherweise habe ich diesbezüglich zu wenig getan. Ich habe mir zu Sachgeschäften keine Ziele gesetzt. Eine Beurteilung meiner Ratstätigkeit steht mir zwar nicht an. Dass aber die Revision der Gemeindeordnung am Ende meiner Ratstätigkeit noch immer nicht unter Dach ist, hätte ich damals nicht gedacht. Ich habe die Sitzungen des Rates gerne geleitet, obwohl es Situationen gab, wo ich gerne auch zur Sache gesprochen hätte. Manchmal war es nicht einfach, nur zuhören zu müssen. Ausnahmsweise gelangte auch meine Geduld an Grenzen, wenn vermeintlich alles bereits gesagt war, die Wortmeldungen aber nicht enden wollten. So konzentrierte ich mich auf die Spiel- und manchmal auch auf die Benimmregeln. Nicht immer gefiel mir die Form, wie Differenzen ausgetragen wurden. Vielleicht gefiel aber auch nicht allen, wie ich die Spielregeln anwandte. Wenn ich Anträge nicht entgegennahm, dann geschah dies nie deshalb, weil sie mir nicht gefielen, sondern weil sie nicht anwendbar waren bzw. gegen die Spielregeln verstießen. Was ist speziell schwierig am Amt des Ratspräsidenten: Die Festlegung des Sitzungsbeginns war selten einfach. Abgeschätzt werden musste, wie lange der Rat bei den einzelnen Geschäften diskutieren werde, ob er gewillt sei, länger als bis 20 Uhr zu arbeiten und wie viele Geschäfte auf die Traktandenliste gesetzt werden dürfen. Bekannt ist auch, dass ein kurzfristig früh-

zeitiger Sitzungsbeginn einigen Ratsmitgliedern Probleme bereitet. Ich bitte hiefür um Entschuldigung, aber die Geschäftslast liess diesbezüglich nur wenig Spielraum. Zum Schluss möchte ich mich bei euch allen bedanken für das mir entgegengebrachte Wohlwollen und die Anerkennung, für kritische Anmerkungen zu meiner Verhandlungsführung, für das Verständnis, dass Wortmeldungen unbeabsichtigt nicht immer auf Anhieb registriert werden konnten, oder dass Mimik und Gestik aus dem Rat von mir öfters nicht verstanden werden wollten. Für die Nachsicht zu gemachten Fehlern möchte ich mich ebenfalls bedanken. Sei dies zum Beispiel für abgekürzte Verfahren bei Antragsvarianten oder gar die Gegenüberstellung des stadträtlichen Antrages zum Antrag der GPK bei der Beratung des Beschlusses schlicht vergessen zu haben. Ich danke für all den Erfahrungszugewinn, den ich hier machen durfte, sowie im Speziellen für die Unterstützung, die ich von der Stadtkanzlei und vom Weibel erfahren habe. Ich bedanke mich auch beim Büro, welches mich in der Entscheidung bezüglich Verfahren unterstützt haben. Es hat mir gefallen, ich war gerne euer Präsident. Dazu habt ihr wesentlich beigetragen. Ich freue mich nun, für die nächsten zwei Jahre wieder die Konzentration auf den sachlichen Teil der Geschäfte legen zu können. Ich hoffe, ihr macht es meinem Nachfolger ähnlich leicht wie mir, den formalen Teil davon abzuhandeln. Dazu wünsche ich ihm viel Geduld, Befriedigung und Spass."

Urs Bertschi: "Die Ära Golder geht heute zu Ende. Zwei Jahre, auf die du persönlich stolz sein darfst. Du hast diesen Rat mit hoher Sachkompetenz und Präsenz, aber auch mit spürbarer Menschlichkeit und Humor geleitet. Du hast eine hohe Marke gesetzt. Wir danken dir für dein grosses Engagement. Es macht auch uns von der Fraktion stolz, dass wir der Stadt mit dir eine überzeugende Visitenkarte überbringen durften. So bedauern wir es zum Einen, dass der Präsident nun seinen Hut nimmt. Auf der anderen Seite freuen wir uns, dass wir dich endlich wieder in unseren Reihen wissen, um unsere kleine Fraktion wieder zu verstärken. Herzlich willkommen. Nachdem du dir nie erlaubt hast, im Rat zu schlafen, sollst du den Schlaf nun in deinen Wüstenferien einigermaßen komfortabel und warm geniessen können. Such dir dazu eine schöne Schlaftüte aus, träume unter dem Wüstenhimmel und erinnere dich an deine Zeit im GGR. "

11. Mitteilungen

Ratspräsident Werner Golder dankt dem Stadtrat für das dem GGR anlässlich des Jahresabschlussessens überreichte Geschenk. Die Zunft der Letzibutzeli lädt die fastnachtsbegeisterten des GGR zur Inthronisation des Prinzen am Samstag, 8. Januar 2005, 20.00 Uhr, mit Nachtessen ein.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 1. Februar 2005, 16.00 Uhr

Ratspräsident Werner Golder wünscht nun allen für die kommenden Festtage das Beste und für das neue Jahr gute Gesundheit. Namens des neugewählten und abtretenden Ratspräsidenten sind alle Anwesenden nun zum Apéro im Casino eingeladen.

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber